Der Alldeutsche Verband

Inaugural-Dissertation

zur

Erlangung der Doktorwürde

der

Philosophischen Fakultät

der

Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität

zu Bonn

vorgelegt von

Dietrich Jung

aus Bad Godesberg a. Rh.

Würzburg 1936.

Buchdruckerei Richard Mayr

Referent: Prof. Dr. Fritz Kern

Datum der mündlichen Prüfung: 12. 12. 1934

Von der Fakultät genehmigter Teildruck der eingereichten Arbeit: „Der Alldeutsche Verband und die Marokkofrage."

Inhalt.

Seite:

Der Alldeutsche Verband.

Kap. 1. Entstehung, Wesen und Ziele des Verbandes 1
a) Die Gründung des Verbandes 1
b) Die Organisation 4
c) Ernst Hasse und Heinrich Claß 5
d) Betätigung und Ziele des Verbandes 20

Kap. 2. Das Verhältnis des Verbandes zu Parteien und Oeffentlichkeit.
a) Das Verhältnis zu den politischen Parteien 23
b) Das Verhältnis zur Presse 24

Kap. 3. Das Verhältnis des Verbandes zur Reichsregierung . . . 25

Literatur.

Alldeutsche Blätter, 1894 ff.
Andler, L., Le Pangermanisme, Paris 1915.
Baumgarten, Otto, Das Echo der alldeutschen Bewegung in Amerika, Jena 1917.
Blondel, E., La guerre mondiale et la doctrine pangermaniste, Paris 1915.
Bonhard, A., Geschichte des Alldeutschen Verbandes, Leipzig 1920.
v. Bülow, B., Deutsche Politik, Berlin 1916.
— Denkwürdigkeiten I, Berlin 1930.
Claß, Heinr., Wider den Strom I, Leipzig 1932.
Colsmann, W., Alldeutschtum und deutsche Kultur. Eine Schicksalsfrage des deutschen Volkes, Leipzig 1919.
Dix, A., Deutscher Imperialismus, Leipzig 1914.
Einhart (d. i. H. Claß), Deutsche Geschichte, Leipzig 1909 ff.
Fessar, J. A., Die Europ. Politik unter Eduard VII., München 1925.
Fey, Sidney R., Der Einfluß der Vorkriegspresse in Europa (Berliner Monatshefte 1932, S. 411 ff.)
Flugschriften des Alldeutschen Verbandes, 33 Hefte, München 1897—1912.
Friedjung, H. Das Zeitalter des Imperialismus, Berlin 1919/22.
Frymann, Daniel (d. i. Claß), Wenn ich der Kaiser wäre (Das Kaiserbuch), Leipzig 1912.
Handbuch des Alldeutschen Verbandes, München.
Hasse, Ernst, Deutsche Politik, München 1905/07. Bd. I Heimatpolitik, Bd. II Weltpolitik.
Hitler, Adolf, Mein Kampf, München 1933.
Hobohm, M. und Rohrbach, P., Die Alldeutschen, Berlin 1919.
20 Jahre alldeutscher Arbeit und Kämpfe, herausg. von der Hauptleitung des Alldeutschen Verbandes, Leipzig 1910.
Junius Alter, Das Deutsche Reich auf dem Wege zur politischen Episode, München 1919.
— Nationalisten, Leipzig 1930.
Der Kampf um das Deutschtum, 15 Hefte, 1897—1904.
Kjellén-Haushofer, Die Großmächte vor und nach dem Weltkriege, Leipzig 1930.
Klingemann, C., Grenzen alldeutscher Arbeit, Mainz 1910.
Lewinsohn, R., Das Geld in der Politik, Berlin 1930.
Oncken, Herm., Das Deutsche Reich und die Vorgeschichte des Weltkrieges, Leipzig 1933.
Reismann-Grone, Th., Der Erdenkrieg und die Alldeutschen, Mülheim 1919.
Rohrbach, Paul, Die alldeutsche Gefahr, Berlin 1918.
Ruedorffer, J. J. (d. i. Leg.-Rat Riezler), Grundzüge der Weltpolitik in der Gegenwart, Berlin 1914.
Salz, A., Das Wesen des Imperialismus, Leipzig 1931.
Wenck, Martin, Alldeutsche Taktik, Jena 1917.
Wertheimer, The pan-german league, N.-York 1924.

Kapitel 1:

Entstehung, Wesen und Ziele des Verbandes.

Die Gründung des Verbandes.

Die Zeit seit dem ausgehenden 19. Jahrhundert bezeichnen wir gewöhnlich als die des „Imperialismus", meist ohne uns ein klares Bild von dem Inhalt dieses Begriffes zu machen. Während für Heinr. Friedjung[1]) das klar bewußte und beabsichtigte Streben der Völker und Regierungen nach „wachsendem Anteil an der Weltherrschaft" und insbesondere überseeischem Besitz das Wesen des Imperialismus ausmacht, ist er für Arthur Salz[2]) „das Fremdurteil eines Staates oder Volkes seitens aller derjenigen, die zu dieser Politik in Opposition stehen"; nicht der Zustand, der Drang nach Weltherrschaft sei ausschlaggebend, sondern eine ganz bestimmte Art des Handelns: Eine Politik, die zur Erreichung ihrer Ziele im äußersten Fall vor Gewalt nicht zurückschrecke und den Krieg von vornherein in ihre Berechnungen einbeziehe. Als „Weltmacht — Wachstumswillen" deutet Arthur Dix[3]) jene Zeit und bemängelt, daß für einen deutschen Imperialismus keine klaren und erreichbaren Ziele aufgestellt seien. Darin trifft er sich in etwa mit Hintze[4]); er unterscheidet zwischen echtem Imperialismus und unechtem, wie er durch die deutsche Politik vor dem Weltkriege unter der Losung: „Deutsche Weltpolitik und kein Krieg" vertreten wurde.

Mit diesem schillernden Begriff des „Imperialismus" wird der „Alldeutsche Verband" oft in Verbindung gebracht und als sein hauptsächlicher Vertreter in der deutschen Öffentlichkeit hingestellt. Es würde zu weit führen, an dieser Stelle eine ausführliche Geschichte und Darstellung des Alldeutscheen Verbandes und des alldeutschen Gedankengutes zu geben, doch wird es unerläßlich sein, sich mit einigem Wesentlichen vertraut zu machen[5]).

1) H. Friedjung, Das Zeitalter des Imperialismus Bd. 1, Berlin 1919, S. 5.
2) A. Salz, Das Wesen des Imperialismus. Leipzig 1931, S. 4 ff.
3) A. Dix, Deutscher Imperialismus. Berlin 1914, S. 1.
4) für Hintze vgl. Salz, a. a. O. S. 33/35.
5) Die folgenden Ausführungen beschränken sich ausdrücklich auf die Zeit vor 1914.

Der Helgoland-Sansibar-Vertrag vom 1. Juli 1890 gab den äußeren Anlaß zur Gründung des Alldeutschen Verbandes. Noch vor der amtlichen Unterzeichnung des Vertrages erließ eine Gruppe Reichsdeutscher in Zürich einen Aufruf, der das deutsche Volk zur Ablehnung dieses Abkommens aufforderte — in der Erwartung, daß die Regierung einen ausgesprochenen Wunsch des Volkes nicht übergehen werde. Konnte dieser Aufruf auch keinen Einfluß auf den Vertragsabschluß ausüben, so ermutigte doch sein Echo, jene Gruppe zu einer Sammlung Gleichgesinnter, zur Gründung einer Art Nationalverein aufzurufen, dessen Aufgabe sein sollte, „bei ähnlichen Anlässen, wie beim deutsch-englischen Vertrage öffentlich aufzutreten, ohne Furcht und Scheu vor der Regierung oder den Parteileitern auszusprechen, was unsere Herzen bewegt, was wir von einer nationalen Regierung verlangen wollen und dürfen"[6]). Mit den weiteren Vorbereitungen wurde Dr. Alfred Hugenberg betraut, der — schon zu den geistigen Urhebern gehörend — als der „eigentliche Vater" des Verbandes bezeichnet wird[7]). Am 28. September 1890 beschloß eine Versammlung, die zwar nur von acht Teilnehmern besucht war, den gewonnenen Zusammenhang weiter auszubauen; die endgültige Gründung fand am 9. April 1891 in Berlin statt. Der neue „Allgemeine deutsche Verband" war der Zusammenschluß zweier Gruppen: Der jener Männer, die eine Wiederholung des Helgoland-Sansibar-Vertrages unmöglich machen wollte, und der Kreise um den Gründer Deutsch-Ostafrikas, Dr. Karl Peters. Er hatte bereits 1886 einen „Allgemein deutschen Verband zur Förderung überseeischer deutschnationaler Interessen" gegründet, der aber nicht zur Wirksamkeit gekommen war.

Nicht viel besser erging es dem neu geschaffenen Verband, trotzdem er schon nach einem Jahre die stattliche Zahl von ca. 20 000 Mitgliedern gewonnen hatte. Neben dem Fehlen einer geeigneten Führerpersönlichkeit riefen Unstimmigkeiten innerhalb des Vorstandes — 2 Vorstandsmitglieder beteiligten sich an den freilich ergebnislosen Bemühungen, eine neue „Nationalpartei" ins Leben zu rufen — und die schlechte finanzielle Lage eine Krise hervor, die der Rückgang der Mitgliederzahl auf etwa 4000 im Jahre 1893 deutlich wiederspiegelt. Nur eine schnelle Reorganisation konnte den Verband noch vor der Auflösung retten. Die schwierige Auf-

6) Rundschreiben v. 15. 7. 1890. Bonhard, Geschichte des Alldeutschen Verbandes, Leipzig 1920 S. 238/39.
7) Bonhard, a. a. O. S. 3. H. Claß, Wider den Strom. Leipzig 1932, S. 46.

gabe übernahm am 5. Juli 1893 der Leipziger Professor Ernst Hasse, dessen zielbewußter Arbeit der Verband seine baldige Erholung und weitere Entwicklung verdankt. Nach der Neuordnung der Finanzen, der Gründung zahlreicher Ortsgruppen zur besseren Erfassung der Verbandsmitglieder, wurde an Stelle der bisher unregelmäßig erschienenen „Mitteilungen" seit Januar 1894 die Wochenzeitschrift „Alldeutsche Blätter" herausgegeben. In die gleiche Zeit fällt der Beschluß, den „Allgemeinen deutschen Verband" vom 1. Juli 1894 ab „Alldeutscher Verband" zu nennen. Diese Umtaufe stand mit einer Erweiterung der Aufgaben des Verbandes im Zusammenhang durch die Verschmelzung mit dem „Allgemeinen deutschen Verein" zur Pflege des Deutschtums auf dem Gebiete des Bildungs- und Erziehungswesens; sie erfolgte auf den Vorschlag des um den Verband verdienten Direktor A. Diederich, Bonn. Welches der eigentliche Grund für diese Umbenennung ist, läßt sich heute ebensowenig feststellen wie die Herkunft des Wortes „Alldeutsch"[8]). Leider führte der neue Name des Verbandes dazu, daß man ihn fälschlicherweise anderen Pan-Bewegungen gleichstellte und ihm z. B. dem Panslavismus ähnliche Tendenzen unterschob[9]). Eine weitere Verwechslung brachte die Übertragung des Wortes „Alldeutsch", im englischen = «pangerman», im französischen = «pangermaniste» mit dem sogen. Pangermanismus[10]), der einen Zusammenschluß aller germanischen Völker und Staaten erstrebte. Derartige Bestrebungen lagen dem Verband vollkommen fern; wohl aber trat er für eine Annäherung der deutschstämmigen Länder Mitteleuropas ein. Vermutlich hat der oben genannte Dir. Diederichs an die universale, das gesamte Deutschtum zumal jenseits der Reichsgrenzen betreuende Arbeit und Aufgabe des Verbandes bei seinem Namensvorschlag gedacht.

---

8) Bonhard, a. a. O. S. 8/9; 160. Das Wort „All-Deutschland" finden wir schon in zwei Gedichten Arndts aus dem Jahre 1841, als französische Kriegsdrohungen mit Max Schneckenburgers „Wacht am Rhein" beantwortet wurden. „Für's Vaterland, für's Vaterland All-Deutschland frisch und fröhlich auf!" und „So klinge die Losung: Zum Rhein! über'n Rhein! All-Deutschland in Frankreich hinein!" vgl. auch die frühere Schreibweise = All-Deutscher Verband!

9) vgl. O. Jäger, Weltgeschichte Bd. 5, Leipzig 1933, S. 387 „als eine Gruppe von starkem nationalen Willen und Betätigungsdrang gewann der A.-V. steigende Beachtung, ohne aber jemals den gleichen Charakter einer chauvinistischen und imperialistischen Organisation anzunehmen, wie ihn die entsprechenden panslavistischen und romanischen Verbände trugen und betätigten."

10) Bonhard a. a. O. S. 184/85, 189, 218/19. M. Wertheimer, The pan-german league, N.-York 1924 S. 90 ff., 140 ff.

Die Organisation.

Der Aufbau des Verbandes ist pyramidenförmig: Die Mitglieder sind möglichst in Ortsgruppen mit einer Mindestzahl von 10 Mitgliedern zusammengeschlossen. Die untere Instanz der Verbandsleitung ist der Vorstand, dem neben den oberen Instanzen die Leiter der Ortsgruppen angeheören. Aus dem Vorstand gehen durch Wahl der sogen. Geschäftsführende Ausschuß und die Hauptleitung hervor. Letztere soll den Vorsitzenden in der Geschäftsführung unterstützen. Die Richtung der Politik des Verbandes bestimmt der Geschäftsführende Ausschuß, der die gesamten Angelegenheiten des Verbandes zu leiten und gleichzeitig satzungsgemäß die Tätigkeit der Hauptleitung einschließlich des Vorsitzenden zu überwachen hat. Erweckt dieser Aufbau auch den Eindruck einer gewissen „Demokratie", so ließ doch die Praxis wenig davon merken, weil die bisherigen Vorsitzenden Prof. Hasse und Justizrat Claß sich durch ihre Persönlichkeit als anerkannte Führer durchsetzen konnten[11]).

Die Mitgliederzahl des Verbandes ist im Verhältnis zu seiner Bedeutung nie sehr groß gewesen. Nach dem ersten Aufschwung war die Zahl von ca. 20 000 Mitgliedern auf ca. 4 000 im Jahre 1893 heruntergegangen und stieg dann mit dem gesicherten Wiederaufbau langsam, aber stetig wieder an. Im Jahre 1900 finden wir bereits wieder über 21 000 eingeschriebene Anhänger des Verbandes und auf dieser Höhe hielt er sich mit kleinen Schwankungen nach unten oder oben[12]). In Zeiten außenpolitischer Spannungen, die das Interesse für die Politik erhöhen, war der Zustrom stärker, dagegen machte sich bei ruhigen, gesicherten Beziehungen zum Ausland ein Rückgang bemerkbar. Wenn es auch naturgemäß im Interesse des Verbandes lag, möglichst weite Kreise in seinen Reihen zu vereinen, so strebte er doch im Sinne seiner Geschichtsauffassung, daß nur Männer Geschichte machen, nicht dahin, eine Massenbewegung zu werden. Wir müssen die Organisation des Verbandes, seine Arbeitsweise und sein Wesen eben ganz aus den Verhältnissen der wilhelmischen Ära

---

11) Claß a. a. O., S. 130.

12) Julius Alter, Nationalisten, Leipzig 1930, S. 15 gibt als Zahl für die „besten Zeiten selten mehr als 30 000" an. Vgl. auch die ausführlichen Tabellen bei Wertheimer, a. a. O. S. 54 ff. Dem Verband gehörten außerdem eine ganze Reihe von Vereinen und Verbänden mit weit über 100 000 Mitgliedern korporativ an; es ist klar, daß sie hauptsächlich eine finanzielle Stärkung bedeuteten und nicht ohne weiteres als Anhänger des A.V. zu gelten haben. Eine Liste derartiger Vereine s. Wertheimer a. a. O. S. 237 ff.

heraus verstehen; damals spielte die „Masse" als politischer Faktor in den nationalen Kreisen nicht die Rolle, die ihr in der nationalen Bewegung der Nachkriegszeit zukam.

Dementsprechend gehörten die Mitglieder des Verbandes, der eine „Art geistiger, politischer Generalstab" bilden wollte, meist dem gebildeten Mittelstand an: Akademiker, Kaufleute und die freien Berufe stellten den Hauptanteil, auch waren viele Offiziere in seinen Reihen[13]).

Zwei Generationen mit verschiedenem geschichtlichen Erlebnis hatten sich im A.V. zusammengefunden: Eine ältere, die noch die Zerrissenheit des deutschen Raumes in einzelne Staaten, den Kampf zwischen Preußen und Österreich um die Hegemonie und schließlich die Gründung des Deutschen Reiches durch Bismarck mit erlebt hatte, und eine jüngere, die von Jugend an den Glanz und die machtvolle Stellung des neuen Kaiserreiches gewöhnt war. Beide fanden sich, als das Werk des eisernen Kanzlers bedroht war, und doch ist es natürlich, daß zwischen der älteren und der jüngeren Generation gewisse Gegensätze bestanden, die sich auch im Leben des A.V. bemerkbar machten. Sie zeigten sich u. a. darin, daß die ältere Richtung mehr regierungsfreundlich, persönlicher war, durch Einflußnahme auf maßgebende Leute in der Regierung und im Reichstag den alldeutschen Zielen dienen wollte; ihr ging es wider die Natur, gegebenenfalls gegen die Regierung in Opposition zu stehen. Wir sehen darin die in der Vorkriegszeit weit verbreitete Gleichsetzung von national (patriotisch) und regierungstreu; Opposition war etwas, was man der Sozialdemokratie z. B. überlassen wollte. Dagegen war die jüngere Richtung durchweg schärfer, radikaler und entschieden völkisch eingestellt; sie hielt eine offene Kritik an einer Regierung, die nach ihrer Meinung falsche Wege einschlug, für eine nationale Pflicht. Der anerkannte Führer dieser schärferen Richtung, die sich allmählich durchsetzte, ist Justizrat Claß, der heute noch Vorsitzender des Verbandes ist; als Vertreter der älteren Generation können wir Prof. Ernst Hasse ansehen.

Ernst Hasse und Heinrich Claß.

Ernst Hasse[14]), der aus einer obersächsischen Pfarrersfamilie stammte, war 1846 in der Nähe von Wurzen geboren. Ursprünglich wollte er Theo-

---

13) Von 29 Mitgliedern der Hauptleitung in dem Zeitraum bis September 1920 waren 7 höhere Militärs.

14) Claß, a. a. O. S. 43 ff. Alldte. Blätter 1907, S. 69 ff.; 1908, S. 18 Junius Alter a. a. O. S. 14.

loge werden, studierte dann Volkswirtschaftslehre und Staatswissenschaft, nachdem er an den Kriegen 1866 und 1870/71 teilgenommen hatte. Seit 1875 war er Leiter des Statistischen Amtes der Stadt Leipzig — seit 1885 zugleich Dozent, später Professor an der dortigen Universität. Von 1893 bis 1903 gehörte er dem Reichstag als Abgeordneter der Nationalliberalen Partei an. Er lenkte die Geschicke des Verbandes von 1893 bis 1908. War er auch „des eigentlichen Schwunges und einer überragenden Großartigkeit der Auffassung bar", so hat er sich in rastloser Tätigkeit um den Verband sehr verdient gemacht. Als unermüdlicher Vorkämpfer des alldeutschen Gedankens setzte er sich mit unverdrossenem Eifer für die deutsche Sache in jeder Beziehung ein. Das mag ein Grund dafür sein, daß Bülow in seiner absprechenden Art sich über ihn äußerte „es war kaum möglich, redlicher, aber auch naiver zu sein, als er es politisch war"[15]). Bei seinem Tode am 12. Januar 1908 hinterließ Hasse — leider nur als Torso — ein großangelegtes Werk über „Deutsche Politik"[16]), in dem er sich zur völkischen Staatsidee, zum reinen Nationalstaat — im Gegensatz zum Völkerstaat — bekannte und für eine tatkräftige, machtvolle deutsche Weltpolitik eintrat.

Schon zu Lebzeiten von Hasse, im Frühjahr 1904, war der damalige Mainzer Rechtsanwalt Heinrich Claß[17]) zum stellvertretenden Vorsitzenden des Verbandes gewählt worden; seitdem leistete und lenkte er als rechte Hand Hasses ein Großteil der Verbandsarbeit. Nach dem Tode Hasses wurde er am 8. 2. 1908 zum Vorsitzenden des Verbandes gewählt, dessen Führung er seitdem unbestritten in Händen hat.

Claß, dem sein früherer Mitarbeiter Sonntag das Zeugnis einer ungewöhnlichen politischen Begabung und vielseitigen Aktivität ausstellte[18]), entstammt einer rheinhessischen Familie (geb. 29. 2. 1868). Schon des Knaben Sinn weckte und begeisterte sein Großvater für die deutsche Geschichte; nach der Familientradition wurde Claß Jurist — doch benutzte er die ersten Semester, sich gründlich in die deutsche Vergangenheit zu vertiefen. In Berlin wurde er zunächst begeisterter Treitschkeschüler. Aus

15) Bülow, Denkwürdigkeiten Bd. 1, Berlin 1930 S. 475/76.

16) Ernst Hasse, Deutsche Politik, Bd. 1 Heimatpolitik, Bd. 2 Weltpolitik. München 1905/07.

17) Für Claß vergl. seine Autobiographie: Wider den Strom; Junius Alter, a. a. O. S. 11 ff.; ferner Alldte. Blätter 1933 Nr. 3—5 anläßlich seiner 25jähr. Tätigkeit als Verbandsvorsitzender.

18) Junius Alter a. a. O. S. 15. Für das Weitere: Claß a. a. O. S. 1 ff.

der Bekanntschaft mit einem alten Revolutionär von 1848, der zeitlebens Demokrat geblieben war, in schärfster Opposition zur badischen Regierung, zu Bismarck und dem preußischen Staat stand, und der doch ein unbedingt nationaler, begeisterter Deutscher war, nahm Claß die Erkenntnis mit ins Leben, daß man „ein guter Sohn seines Volkes und doch ein entschiedener Gegner seiner Regierenden sein könne".

Über den streng völkisch eingestellten „Deutschbund" Friedrich Langes, der sich die sittliche Wiedergeburt unseres Volkes, die Verteidigung seiner Kultur und den entschlossenen Kampf gegen das Judentum zur Aufgabe machte, war Claß in den A.V. gekommen und hatte sich durch die Bildung der sehr rührigen Mainzer Ortsgruppe und des Rhein-Main-Gaues rasch eine starke Stellung im Verband geschaffen. Seit Ende 1903 gehörte er der Hauptleitung an. Die Plauener Verbandstagung von 1903 machte ihn der breitesten Öffentlichkeit bekannt und gleichzeitig zum Führer der jüngeren Richtung. Schon lange hatte Claß sich mit dem Gedanken getragen, dem deutschen Volk einmal klar vor Augen zu führen, welche Wege die amtliche Politik seit Bismarcks Entlassung gegangen sei und wie sich die Stellung des Reiches seit jenen verhängnisvollen Tagen des März 1890 verschlechtert habe. In der großen Plauener Rede fand er endlich die Gelegenheit, die „Bilanz des neuen Kurses" zu ziehen und mit der Politik der Nachfolger Bismarcks abzurechnen[19]). Mit Caprivi und Hohenlohe, vor allem aber mit Bülow ging er streng ins Gericht und scheute nicht zurück, auch Fehler des Kaisers als solche zu kennzeichnen. „Vor 1890 hieß es: wir laufen niemandem nach — seitdem verbeugen wir uns vor aller Welt. Wir schmeicheln allen und machen uns alle zu Feinden, da niemand mehr an unsere Ehrlichkeit und Beständigkeit glaubt. Wir haben Reden auf Reden gehört, in denen Hoffnungen erweckt und Besorgnisse beschwichtigt wurden: die Taten sind ausgeblieben. ... So darf man sich nicht wundern, daß der schlimme Geist des Pessimismus über weite Kreise unserer Gebildeten und Nationalen gekommen ist, sodaß sie hoffnungslos und erbittert sich vom Leben zurückziehen. ... Wenn man aber sagt, was wir tun können, die wir ohne führenden Einfluß auf die Leitung der Geschicke unseres Volkes sind, so antworten wir: unsere politische Mannes-

19) Text der Rede in: 25 Jahre alldeutscher Arbeit und Kämpfe, Leipzig 1910 S. 157 ff. Vgl. auch Claß a. a. O. S. 91 ff. Bezeichnenderweise mußte Claß gegen heftigen Widerstand der „älteren Richtung" ankämpfen, um den scharfen Ton in seiner Rede, die der erste Schritt zur entschlossenen und umfassenden „nationalen Opposition" gewesen ist, anschlagen zu können.

pflicht erfüllend müssen wir die politische Wiedergeburt unseres Volkes vorbereiten, indem wir ihm die Augen öffnen über die nationalen Aufgaben der Zukunft und die Gefahren der Gegenwart, indem wir ihm politischen Sinn beizubringen suchen, indem wir ihm Stolz und Freude am eignen Volkstum erwecken und einer zukunftsfrohen, nationalen Weltanschauung zum Siege verhelfen."

Nicht Lust am Nörgeln und Besserwissen haben Claß so in den politischen Vordergrund gestellt, sondern innige Verbundenheit und Sorge um sein deutsches Volk und Vaterland. Das kommt am besten in seinem „Kaiserbuch"[20]) zum Ausdruck, das man sein politisches Testament nennen kann und in dem er Grunderkenntnisse niederlegte, die auch jetzt beim Aufbau des neuen Deutschland der nationalsozialistischen Revolution von 1933 wirksam sind.

Eine Reform an Haupt und Gliedern forderte Claß, mit dem Endziel des völkischen Staates. Der monarchischen, dynastienfreundlichen Gesinnung des A.V. entsprach es, daß diese Reform sich nicht gegen die Zersplitterung des Deutschen Reiches in 26 Bundesstaaten, für ein Einheitsreich wenden sollte; die Gefahr des Gegeneinanderregierens war vor dem Weltkriege auch viel geringer als im Parteienstaat des Weimarer Systems. Umso mehr sollte die Reform den inneren Aufbau des Reiches erfassen. Seine grundlegende Forderung betraf die Umwandlung des allgemeinen gleichen Wahlrechtes in ein Klassen- oder ein Mehrstimmenwahlrecht, bei dem die Klassen bzw. die Mehrstimmen sich nach der Steuerleistung und der Verantwortlichkeit der Stellung des Wählers, nach „Bildung und Besitz" richten sollten. Gleichzeitig aber sollte in Anbetracht der „nicht glücklichen Gesamtwirksamkeit Wilhelms II. und der Unzulänglichkeit seiner Berater" die parlamentarische Staatsform eingeführt werden[21]). Um das neue Staatsgefüge vor den Gefahren des Umsturzes zu bewahren, forderte er gesetzliche Maßnahmen gegen die volks- und staatsverräterische

20) Daniel Frymann (H. Claß), Wenn ich der Kaiser wär (Kaiserbuch), Politische Wahrheiten und Notwendigkeiten. 7. Aufl. 1925 (1. Aufl. 1912).

21) In der Vorbedingung der Wahlrechtsreform glaubte Claß genügende Gewähr zu haben, daß in das neue Parlament nur die besten und tüchtigsten Männer, Aristokraten im reinsten Sinne des Wortes einzögen. Die Erfahrungen, die wir alle mit dem Parlamentarismus und dem Parteiensystem Weimarer Prägung gemacht haben, brachten Claß — seiner monarchistischen Grundeinstellung gemäß — die Erkenntnis, daß für das deutsche Volk einzig die „konstitutionelle Staatsform im Bismarck'schen Sinne bei gesteigertem Einfluß und Pflichten des Staatsoberhauptes sowie erhöhter Brauchbarkeit und Bedeutung der Volksvertretung auf Grund eines Mehrstimmenrechtes" die gegebene sei; vgl. Kaiserbuch, 7. Aufl. 1925 S. 209 ff.

Sozialdemokratie, ein neues Sozialistengesetz, durch das „alle im Dienste der sozialistischen Bewegung Stehenden aus dem Deutschen Reiche ausgewiesen werden" sollten. Ganz besonders richtete Claß sein Augenmerk auf die Frage des Judentums, dessen schädlicher, zersetzender Einfluß vollständig beseitigt werden müsse. Dazu sei die Sperrung der deutschen Grenzen gegen jede weitere jüdische Einwanderung, aber auch die Beschränkung der Rechte der ansässigen Juden durch Stellung unter Fremdenrecht erforderlich. Dieses Fremdenrecht müsse u. a. die Juden von allen öffentlichen Ämtern und vom Heeresdienst ausschließen, ihnen das aktive und passive Wahlrecht sowie die Befugnis als Lehrer, Anwalt oder Theaterleiter entziehen; Banken, die nicht Privatunternehmen sind, dürfen keine jüdischen Leiter haben und vor allem dürfe ländlicher Besitz weder jüdisches Eigentum, noch mit jüdischen Hypotheken belastet sein. Wichtig ist auch die geforderte Reform des Presserechtes, durch die der jüdische Einfluß ausgeschaltet werden soll.

Die Reichsreform, die nach Claß die Aufgabe zu erfüllen habe, die Zukunft des deutschen Volkes durch Wiederherstellung seiner sittlichen, körperlichen, politischen und wirtschaftlichen Gesundheit zu sichern, sollte dementsprechend auch die wirtschaftliche Struktur grundlegend ändern. Zur Erhaltung des Mittelstandes sollte das Verbot der Warenhäuser und eine Einschränkung des Zweiggeschäftswesens und der Konsumvereine beitragen.

Claß hatte auch die schicksalshafte Bedeutung eines gesunden und zahlenmäßig starken Bauerntums für das deutsche Volk erkannt. Deswegen forderte er eine großzügige Agrarreform unter Beschränkung des Großgrundbesitzes und Verbot neuer Fideikommisse[22]), sowie eine planmäßige innere Kolonisation durch Siedlung, ganz besonders an der vom Polentum bedrohten Ostgrenze.

Aber auch jeden Einzelnen gelte es innerlich zu wandeln, die schädlichen Wirkungen eines falschen Liberalismus aufzuheben. Wir müßten grundsätzlich umdenken lernen. Das "laissez faire — laissez aller" müsse der Vorsorge des Staates weichen und der liberalistische Grundsatz des „gleichen Rechtes für alle" dem altpreußischen "suum quique" Platz machen.

---

22) nach dem Weltkrieg gab Claß dies „Verbot" preis, da es notwendig sei, soviele von der Novemberrevolte 1918 beseitigte Bindungen, zu denen er den an Sippe gebundenen Besitz zählt, wiederherzustellen.

Von großem Interesse für unsere Betrachtung ist Claß' außenpolitisches Bekenntnis, an dem uns das stark biologische Denken, das auch im A.V. als ganzem vorherrschend ist, auffällt. Außenpolitik ist für Claß gleichbedeutend mit Machtpolitik und an Stelle der vom amtlichen Deutschland vertretenen passiven Außenpolitik fordert er eine „tätige, angreifende", die auch eine Reform des Auswärtigen Amtes dergestalt bedinge, daß nicht nur zünftige Diplomaten, sondern auch Leute, „die etwas geleistet haben",sei es in Landwirtschaft, Handel oder Industrie, ins Ausw. Amt berufen würden.

Man kann nicht sagen, daß Claß mit der von ihm befürworteten Politik auf den Krieg hinzielen wollte — er lehnte diese ultima ratio regum aber auch nicht ab; nicht kriegslustig, sondern kriegsmutig könnte man ihn bezeichnen. Dazu kommt, daß Claß — ohne die bitteren Erfahrungen des Weltkrieges — den Krieg von einem idealisierenden Blickpunkt aus sah. Er war der Ansicht, daß es für das Volk sehr nützlich sei, wenn es durch einen Krieg einmal durcheinandergerüttelt würde. „Wer sein Volk liebt und die Krisis der jetzigen Krankheit beschleunigen möchte, wird den Krieg herbeisehnen als den Erwecker aller guten, gesunden, starken Kräfte im Volke." „Heilig sei uns der Krieg wie das läuternde Schicksal, denn er wird alles Große und Opferbereite, also Selbstlose wecken in unserem Volke und seine Seele reinigen von den Schlacken der selbstischen Kleinheit."

Das A und O, der Ausgangspunkt der alldeutschen und damit auch Claß' Außenpolitik ist die Überzeugung, daß der Bismarcksche Grundsatz: Deutschland sei saturiert, für einen bestimmten politischen Zweck ausgesprochen, nur für eine kurze Spanne Zeit nach der Reichsgründung berechtigt gewesen sei und spätestens bei Bismarcks Rücktritt keine Geltung mehr haben durfte. Für die Bevölkerungszahl von 1870 habe der deutsche Boden zur Ernährung ausgereicht; das durch die industrielle Entwicklung begünstigte Anwachsen deer Beevölkerung von 40 auf 60, ja 65 Millionen habe das deutsche Volk zu einem Volk ohne Raum gemacht. Deutschland habe der Aufteilung der Welt ruhig zugesehen — jetzt brauche es Land, um seine wachsende Bevölkerung unterbringen und ernähren zu können.

Aber wo bestehen für das Deutsche Reich noch Gebietserwerbsmöglichkeiten — in Europa oder Übersee? Von dieser Fragestellung aus tritt Claß

an die Außenpolitik heran[23]). Es ist für ihn klar, daß eine jegliche Gebietserweiterung in Europa nur auf dem Wege über einen siegreichen Krieg möglich ist; er fordert für diesen Fall die „Evakuierung", d. h. das betr. Gebiet muß völlig frei von der bisher ansässigen Bevölkerung übergeben werden, um eine wertmindernde Rassenmischung der Eroberer mit der vorgefundenen Bevölkerung zu verhüten. Wir können in dieser drakonischen Forderung nur einen Ausfluß biologischen Denkens, seiner bis zu den letzten Konsequenzen durchdachten Forderung der Rassenreinhaltung sehen; auch Claß ist sich über die Härte dieser Forderung im klaren, er will sie deshalb nur bei einem siegreichen Verteidigungskrieg, bei einem Angriff auf Deutschland erheben — etwa als Abschreckungsmittel — und wendet sich gegen einen Angriffskrieg Deutschlands „zur Wegnahme fremden Landes zum Zwecke der Evakuierung".

Da eine friedliche Ausdehnung in Europa nach Osten oder Westen, nach Rußland oder Frankreich nicht möglich sei, sieht Claß nur noch eine 3. Möglichkeit: eine großzügige Besiedelung des Südostens, der Donaumonarchie, mit evtl. Vorstoß zum Balkan, allerdings unter zwei Voraussetzungen: 1. ein ewiges Bündnis zwischen dem Deutschen Reich und Österreich-Ungarn; 2. eine innere Umwandlung des Habsburgerreiches derart, daß die „kulturelle und politische Führung" des deutschen Elementes ein für alle Mal sichergestellt werde.

Voraussetzung für jede Siedlungstätigkeit außerhalb der Reichsgrenzen sei die Durchführung der Kolonisation im eignen Vaterlande und nur als letzten Ausweg, beim Versagen des Südost-Planes will Claß wegen der „Verzettelung der deutschen Volkskraft" für die Siedlung über See eintreten[24]).

Uns will heute bei der Betrachtung der 2. Voraussetzung für die reichsdeutsche Besiedelung im Habsburgerreich scheinen, als habe Claß die inneren Verhältnisse der Donaumonarchie, die Zersplitterung in so viele auseinanderstrebende Völker unterschätzt. Die Gefahren der inneren Schwächen Österreichs sind ihm wohl bekannt, trotzdem glaubt er es noch als ein „stattliches Kriegsschiff" ansprechen zu können und setzt seine Hoffnung auf „Herrscher und Heer". Claß sieht in Franz Ferdinand nicht den

23) das folgende nach Frymann, Kaiserbuch 4. Aufl. 1913, S. 138 ff. In der Nachkriegsauflage sind diese Abschnitte als im Widerspruch zur augenblicklichen Lage stehend ausgelassen worden.

24) Unabhängig davon fordert Claß natürlich den Landerwerb über See als Absatzgebiet für die Industrie und Ursprungsland uns fehlender Rohstoffe.

Tschechenfreund und Deutschenfeind, als der er oft hingestellt wird, und traut ihm die Kraft zu, mit diktatorischen Maßnahmen — denn der verfassungsmäßige oder parlamentarische Weg sei dort ungangbar — den Staat wieder zu festigen. Die Krone und die Deutschen in Österreich seien auf Gedeih und Verderb aufeinander angewiesen. Die Krone auf die Deutschen, weil sie der zuverlässige und staatserhaltende Teil der Bevölkerung seien und darum zu dem bevorrechtigten Staatsvolk zu machen wären; die Deutschen auf die Krone, weil nur durch sie ihre Stellung gegen Tschechen und Madjaren haltbar sei; darum sollten sie sich der Krone zur Verfügung stellen und die Diktatur des Kaisers nachdrücklichst unterstützen.

Von dieser Lösung der österreichischen Frage will Claß auch das Verhältnis des Deutschen Reiches zur Donaumonarchie abhängig gemacht wissen. Nur ein innerlich gefestigtes Österreich, in dem das deutsche Element vorherrsche und das ein starkes, leistungsfähiges Heer besitze, sei für das Reich bündnisfähig. „Der Habsburger-Staat wird deutschfreundlich sein, oder er wird nicht sein", von dieser Alternative aus tritt Claß sogar für ein Eingreifen Deutschlands in, bzw. gegen Österreich ein unter Verwerfung des „geheiligten Grundsatzes von der Nichtintervention", falls der Nachfolger Franz Josefs I. es wagen sollte, nach innen und nach außen deutschfeindlich zu regieren, während ihm anderenfalls sogar bewaffnete Hilfe gegen Tschechen und Madjaren zur Durchführung seiner (deutschfreundlichen) Diktaturpläne zu leisten wäre.

Diese Gedankengänge von Claß, dem Deutschtum in Mitteleuropa die ihm zustehende Macht sichern, sind zweifellos sehr großzügig; sie scheinen aber die Lage stark vereinfacht zu sehen, wenn sie — gerade in der Frage der Intervention — sich auf die Betrachtung lediglich des österreichisch-deutschen Verhältnisses beschränken, ohne das Konzert der Mächte im übrigen zu berücksichtigen. Denn stände nicht ein deutschfeindlich regiertes Österreich sofort im Lager der englisch-französisch-russischen Entente, Bismarcks cauchemar des coalitions noch verstärkend, bzw. würden diese Staaten tatenlos einer Intervention des Deutschen Reiches in innerösterreichische Verhältnisse zusehen?! Darin jedoch müssen wir Claß rückhaltlos zustimmen, und die Ereignisse der Nachkriegszeit haben es auch bewiesen, daß das Deutsche Reich beim Zerfall, der Auflösung des Habsburgerreiches unbedingt für den deutschen Teil dieses Völkerstaates einzutreten hatte.

Italien als der dritte Partner des Dreibundes spielt in der Betrachtungsweise von Claß eine untergeordnete Rolle, weil seine Machtmittel minderwertig seien. Die durchaus zweifelhafte Stellung Italiens im Ernstfalle ist ihm wohlbekannt und läßt ihn die Frage aufwerfen, ob es nicht geradezu unwürdig sei, „ein so verlogenees Verhältnis wie den Dreibund aufrecht zu halten".

Von den Mächten, die sich um 1912 gegen Deutschland zusammengefunden hatten: England, Frankreich und Rußland, schien Claß das erstere der gefährlichere und hartnäckigere Gegner zu sein. Den Grund für Englands Mißgunst sah er in dem gewaltigen wirtschaftlichen Aufschwung des Deutschen Reiches, seiner zu einem nicht zu übersehenden Machtfaktor heranwachsenden Flotte und der Sorge um die Grundlage der Weltmachtstellung des stolzen Albion. Außerdem habe die Marokkokrise von 1911 klar gezeigt, daß England sich Landerwerbungen über See, die das Deutsche Reich so dringend benötige, heftig widersetze. Dennoch glaubt Claß an die Möglichkeit eines freundschaftlichen Verhältnisses zwischen den beiden Vetternstaaten, wenn England von seinem Grundsatz der Welt- und Meerbeherrschung abgehe und den deutschen Anspruch auf Machtausdehnung anerkenne. Die Wahl liege bei England; entscheide es sich bei der nächsten grundsätzlichen Frage wieder gegen Deutschland, dann solle das Reich trotz der Schwere der Verantwortung den Fehdehandschuh aufnehmen und eine kriegerische Auseinandersetzung einer moralischen Niederlage durch Nachgiebigkeit vorziehen. Die deutsch-englische Frage könne nicht „durch Komiteekundgebungen und Freundschaftsbesuche" gelöst werden, sondern nur durch „Blut und Eisen".

Es fällt uns an dieser Betrachtungsweise auf, daß auch hier das deutsch-englische Verhältnis für sich allein losgelöst von den Zusammenhängen der großen Politik betrachtet wird. Daß der Kampf hart werden müsse, steht auch für Claß fest, aber er hegt doch die sieghafte Gewißheit, „daß wir uns durchbeißen". Glaubte er aber bei einer deutsch-englischen Verwickelung etwa an eine Neutralität Rußlands und Frankreichs, trotzdem 1912 das „herzliche Einvernehmen" dieser Staaten mit England hinreichend bekannt war?!

Mit dem zaristischen Rußland wollte Claß in Frieden leben, er sah keinen Anlaß, der von deutscher Seite aus zu einem Zusammenstoß der beiden Reiche führen könnte und möchte auch nicht die Frage des Deutschtums im Baltikum zu einem derartigen Anlaß nehmen. Das Deutsche Reich

könne den Balten nicht helfen, wenn sie von Rußland unterdrückt würden, da es Rußland den Zugang zur Ostsee im Baltikum nicht verwehren könne. Anders aber sieht Claß eine große Gefahr in dem Deutschenhaß des Panslawismus, der die mißtrauische Regierung leicht in einen Krieg gegen Deutschland treiben könne. Ein Krieg Rußlands gegen Deutschland aber hat für Claß wenig Erschreckendes, trotzdem er selbst in diesem Falle mit dem Eingreifen Frankreichs und damit dem Zweifrontenkrieg rechnet. Auf Österreichs Hilfe bauend, glaubt er selbst diese Gefahr bestehen zu können, wenn sich das deutsche Heer gegen Frankreich wende und die österreichischen Truppen mit deutscher Unterstützung Rußland niederhielten. Als Siegespreis fordert er dann für Deutschland Gebietsabtretungen — evakuierte natürlich — als Grenzverbesserung und Siedlungsraum; Österreich sollte dafür freie Hand in seiner Balkanpolitik zugestanden werden.

Frankreich gegenüber sah Claß genügend Veranlassung für Deutschland zu Verwickelungen, denn Frankreich habe seit dem Frankfurter Frieden ein Spiel mit dem Feuer getrieben, und nur Deutschlands Friedensliebe sei es zu verdanken, daß bisher kein Krieg ausgebrochen sei. Bei Claß' Betrachtungsweise schwingt der Ausgang der Marokkokrise von 1911 stark mit. Er verlangt, daß „jede Silbe" des Novembervertrages von 1911 strikt eingehalten und erfüllt würde, sonst solle die ganze Marokko-Frage von neuem aufgerollt werden und Deutschland von der defensiven zur aggressiven Politik gegen Frankreich übergehen — ohne Rücksicht auf die bestehenden Bündnisverträge des Dreiverbandes und die Mittelmächte. Aber auch von der Marokko-Frage abgesehen bedeute das Verhältnis zwischen Deutschland und England bei dessen Beziehungen zu Frankreich eine starke Gefahr für den Frieden. Wir müßten im Ernstfalle Frankreich vor die Wahl zwischen England und uns stellen — entscheide es sich für England, so bedeute das den Angriffskrieg Deutschlands bis zur Vernichtung des Erbfeindes. Dieser Krieg würde ein Kampf ums Dasein für beide Völker sein; darum solle bei einem für Deutschland siegreichen Ausgang Frankreich „zerschmettert", so viel französischer Boden — natürlich wieder evakuiert — abgetreten werden, als zur endgültigen Sicherung Deutschlands erforderlich sei, und außerdem ein Teil des französischen Kolonialbesitzes.

Im Zusammenhang mit einer kriegerischen Auseinandersetzung zwischen Deutschland und Frankreich-England will Claß auch Belgien und Holland

vor die Alternative gestellt wissen, ob sie sich auf die Seite des Deutschen Reiches oder die seiner Gegner schlagen wollten. Kleinstaaten wie jenen beiden spricht er die Daseinsberechtigung überhaupt ab. Deswegen erwartet er, daß Belgien und Holland im Kriegsfalle schon von sich aus freiwillig den Anschluß an Deutschland suchen, denn nur dort werde ihnen eine gewisse Selbständigkeit ähnlich der der deutschen Bundesstaaten gewährleistet werden; ja, ein engeres Verhältnis zum Reich sei in Anbetracht des niederländischen und belgischen Volkstums gar nicht einmal erwünscht — nur die politische Unmöglichkeit, die Rheinmündungen englisch-französischem Einfluß zu überlassen, erzwinge den äußeren Anschluß. Schlagen die beiden Länder sich aber auf die Seite der Entente, so bedeute das den sicheren Untergang ihrer staatlichen Selbständigkeit bei einer deutschen Niederlage — ihre Annektion bei einem deutschen Siege.

Im Gegensatz zu Belgien und Holland will Claß die Schweiz in keiner Weise behelligen in der festen Überzeugung, daß dieses Land seine Neutralitätsverpflichtungen erfüllen könne und wolle — und sei es mit der Waffe.

Wir sahen also, daß Claß nur durch Krieg die Möglichkeit für Landerwerb in Europa für gegeben hielt. Für ihn bedeutet Siedlungspolitik eben nicht nur Kulturpolitik, sondern zugleich auch Machtpolitik. Deswegen lehnt er alle Pläne der Kreise ab, die in Vorderasien-Syrien und Mesopotamien siedeln lassen wollten, denn eine Besitzergreifung dieser Länder hält er für ausgeschlossen, da Deutschland keine Mittelmeermacht sei. Ebenso lehnt Claß aber auch etwaige Absichten auf Landerwerb zu Siedlungszwecken in Südamerika ab — nicht weil dem die Monroedoktrin entgegenstände, sondern weil es unvernünftig und undurchführbar sei, jetzt noch, nachdem Südamerika feste staatliche Formen angenommen habe, dort Fuß fassen zu wollen.

Schließlich ist noch von Interesse, wie Claß sich zu den Ver. Staaten stellt; er ist der Ansicht, daß die Ver. Staaten sich in den kommenden großen Kampf der europäischen Mächte nicht tätig einmischen, sondern nur die politischen und wirtschaftlichen Vorteile aus diesem Kriege ziehen würden, bei dem sie ganz gewiß nicht auf der Seite Deutschlands zu finden seien. Deswegen solle sich die Politik des Deutschen Reiches nur auf Wirtschaftsfragen beschränken.

Claß entwickelt hier ein außenpolitisches Programm, dem wir schlechterdings nicht folgen können. Es hieße, sich selbst auf das unsichere Ge-

biet der Konjekturalpolitik begeben, wenn wir dieses Programm auf alle seine Möglichkeiten prüfen wollten. Das Grundproblem für die deutsche Außenpolitik um 1913 war doch: wie kommen wir aus der Einkreisung heraus, wie bringen wir das Verhältnis von Dreibund zu Dreiverband zu einer vernünftigen Lösung; mit anderen Worten: wie schaffen wir ein Gleichgewicht der Kräfte in Europa bei gleichzeitiger Sicherung Deutschlands, und wie schaffen wir den nötigen Lebensraum für das deutsche Volk.

Die Frage nach dem Lebensraum, der Lebensmöglichkeit fand bei der amtlichen Politik eine ganz andere Beantwortung als bei Claß und dem A.V. Beiden ist hierbei ein merkwürdig überspannter Organismusgedanke zu eigen, der Gedanke einer unendlichen Fortentwicklung. Die Regierung glaubte an die fortschreitende Entwickelung der Wirtschaft, von Handel und Industrie, insbesondere der Ausfuhr, von der das wachsende deutsche Volk leben sollte[25]); und der A.V. (Claß) glaubte an ein gleichmäßiges unbegrenztes Anwachsen der deutschen Bevölkerung. Dabei machte sich schon seit der Jahrhundertwende ein langsames, aber stetiges Absinken der Geburtenzahl[26]) bemerkbar und die Bevölkerungszahl wuchs nur durch die verminderte Sterblichkeit. Während man amtlicherseits für „Weltpolitik und kein Krieg" eintrat, verkündete der A.V. den „Hunger nach Land"[27]), der nach Claß nur durch einen siegreichen Krieg zu stillen war.

Daß Claß an dem Bündnis mit Österreich festhalten, ja es unter gewissen Voraussetzungen zu einem ewigen Bündnis ausgestalten wollte, ist bei der großdeutschen Einstellung des A.V. ebenso verständlich, bei der Konstellation der Mächte ebenso richtig wie die Tatsache, daß Claß zu der Vertragstreue Italiens und der von ihm zu leistenden Hilfe kein Vertrauen hatte. Es ist aber sehr die Frage, ob sich eine Besiedelung Österreichs und des Südostens durch den deutschen Bevölkerungsüberschuß so einfach durchführen ließ, wie Claß sich das dachte, denn was sollte mit den vorhandenen Tschechen, Kroaten usw. geschehen, die doch mehr oder weniger freiwillig sich aus ihren Ländern hätten verdrängen lassen müssen!? Und konnte es im Interesse der deutschen Politik liegen, Österreich für den

---

25) Vgl. J. J. Ruedorffer (= Leg.Rat Riezler), Grundzüge der Weltpolitik in der Gegenwart. Berlin 1914, insbes. S. 200 f.
26) Alldte. Blätter 1913 S. 220/21.
27) Alldte. Blätter 1913 S. 298/99.

Fall eines siegreichen Krieges gegen Rußland freie Hand auf dem Balkan zu lassen? Die Gefahr, daß auf diese Weise das Ausw. Amt noch mehr in Schlepptau der österreichischen Politik geraten könnte, ist nicht von der Hand zu weisen.

Ankläge an die Bismarcksche Politik des Drei-Kaiserbündnisses oder des Rückversicherungsvertrages können wir aus dem Gedankengang von Claß herauslesen, mit Rußland friedlich-freundliche Beziehungen zu unterhalten, die seiner Meinung nach nur durch den Panslavismus gestört werden könnten.

Für abwegig müssen wir aber die Politik erachten, die Claß gegen Frankreich und England, Belgien und Holland empfiehlt, soweit sie den Krieg als einziges Verständigungsmittel sieht. Wir können uns dies nur wieder aus dem biologischen, naturgesetzlichen Denken erklären und aus dem Claß und dem A.V. eigenen Glauben an die Zwangsläufigkeit, mit der die Dinge einem Kriege zutreiben, oder wie es einmal ausgedrückt wurde, aus dem Dogmatisieren des Wortes vom „Blut und Eisen" durch die Alldeutschen. Dabei gibt uns Claß kein eigentliches Kriegsziel für den Kampf gegen England. Und gar erst die Forderung nach evakuierten Gebietsabtretungen gegen Frankreich, die evtl. Annektion Belgiens und Hollands — glaubt Claß, daß derartige Friedensverträge ihre eigentliche Aufgabe: Frieden und sichere, stabile Verhältnisse zu schaffen, erfüllen könnten? Claß begründet seine Erörterungen damit, daß auch im feindlichen Ausland offen über einen Krieg gegen das Deutsche Reich und über seine evtl. Aufteilung gesprochen würde. Gilt aber nicht gerade hier das alte Wort, daß es nicht dasselbe ist, wenn zwei das Gleiche tun! Gab man dem Ausland so nicht einen Schein von Berechtigung, wenn es auf die welteroberungslustigen Pläne Deutschlands hinweisen zu können glaubte! Diese ganze Frage rührt ja zutiefst an das Problem, welche Politik sich das junge Deutsche Reich, das doch von allen alten Staaten als ein Eindringling in ihre bestehende Ordnung angesehen wurde, überhaupt leisten konnte, d. h. ob und wann es von der defensiven Politik des Saturiertseins zu einer aggressiven, zur Weltpolitik übergehen konnte.

Der Primat der Außenpolitik ist für Claß genau so selbstverständlich, wie geordnete innere Verhältnisse, eine feste Innenpolitik die unbedingte Voraussetzung. Dieser Ordnung der inneren Verhältnisse sollten die inneren Reformen dienen, von denen oben die Rede gewesen ist, und die Claß für unerläßlich hielt, wenn anders das Deutsche Reich und Volk

nicht zugrunde gehen sollten. — Darum richtet er den dringendsten Appell an die „Krone", an Wilhelm II., dessen Fehler: „Unglück in der Wahl seiner obersten Berater", „Unnahbarkeit für die Ernsten, Getreuen" und Hang zu „Äußerlichkeiten" er offen benennt, sich der Reichsreform nicht zu verschließen; versage aber die Krone, so besiegte sie ihr eigenes Schicksal mit dem des Volkes! Wenn es uns auch heute nach den blutigen Erfahrungen des Weltkrieges vielleicht etwas frivol erscheinen will, mit welcher Selbstverständlichkeit Claß von einem Krieg gegen Frankreich und England spricht, so müssen wir neben seiner Denkweise berücksichtigen, daß der Krieg in der Betrachtungsweise aller nationalistischen Kreise in Deutschland wie im Ausland in einem Zeitalter, das noch nichts von Kellogg- und Kriegsächtungspakten wußte, eine große Rolle spielte, daß er sozusagen „in der Luft lag". Im Vertrauen auf die deutsche Macht, auf Heer und Flotte, glaubte Claß, daß das Deutsche Reich selbst diesen schweren Kampf siegreich bestehen und daß ein solcher Sieg die Durchführung seiner vorgeschlagenen Reformen sehr erleichtern werde. Gehe das deutsche Volk aber geschlagen aus diesem Krieg hervor, vor der Durchführung der Reformen, so werde die „innere Zerrissenheit sich zum Chaos steigern, das nur durch den machtvollen Willen eines Diktators zur Ordnung zurückgebracht werden" könne[28]).

Es sei hier noch ein Wort über Claß' soziale Auffassung gesagt, die ihn und seine Gesinnungsfreunde an der Grenze zweier Welten erscheinen läßt — der A.V. auf der einen Seite als der Verkünder mannigfacher Gedanken, die das junge Deutschland der nationalsozialistischen Revolution in die Tat umgesetzt hat, und auf der anderen Seite noch in den Ansichten der wilhelminischen Ära, des ausgehenden 19. Jahrhunderts wurzelnd. Claß unterscheidet sehr deutlich eine Ober- und eine Unterschicht im Volke, deren Trennungsmerkmal für ihn „Bildung und Besitz" ist: Bildung und Besitz soll neben dem Grad der Verantwortlichkeit der Lebensstellung des Wählers die Grundlage für sein Klassen- oder Mehrstimmenwahlrecht sein. Und er erwartet die tätige Mitarbeit aller „Gutgesinnten", der „Be-

28) Die Ereignisse haben Claß hierin ja nur zu sehr Recht gegeben. In der Nachkriegsauflage des Kaiserbuches betont er ausdrücklich (S. 209 f.), daß seine Reformvorschläge für die Jetztzeit sogar unzureichend seien. So setzt er seine Hoffnung auf den Diktator, der „als der mit der Kraft der Seele und des Geistes Begabteste aus eignem Recht kommen wird — ersehnt von allen Guten im Volke ... er wird die Reichsreform erzwingen; aus ihr wird der völkische deutsche Staat erstehen und an seine Spitze wird der neue Kaiser treten". (S. 221/22).

sitzenden und Gebildeten", die sich stark vom öffentlichen Leben zurückgezogen hätten, bei der Reichsreform. Uns will diese auf den alten Staatsrechtslehrer Gneist zurückgehende Einteilung als nicht mehr in die heutige Zeit passend erscheinen, deren Ziel die Volksgemeinschaft ist. Wohl will Claß „auch den Nichtbesitzenden, der sich Bildung erarbeitet" zur Oberschicht rechnen. Aber diese Gleichsetzung von Bildung = Besitz, die an das „Wissen ist Macht" anklingt, scheint uns sehr bedenklich zu sein. Das Schlagwort verwirft diese ganze Einstellung kurzerhand als „liberalistisch-kapitalistisch". Ob Claß in der Hinsicht selbst Bedenken gekommen sind? Denn es klingt doch etwas widersprechend, wenn er vom Besitz der Steuerkraft das Gewicht der Wahlstimme des Staatsbürgers abhängig machen will und dann kurz danach sagt: „die Krankheit unserer Zeit ist die Herrschaft des Geldes", und sich zu der modernen Anschauung bekennt: „der Wert des Menschen werde bestimmt nach Gesinnung und Leistung ... einerlei ob der Mann ... arm ist oder reich". Ja, wir findeen in dem Claß'schen Kaiserbuch schon Anklänge an das nationalsozialistische „Gemeinnutz geht vor Eigennutz", wenn er dort für einen deutschen Idealismus eintritt, der „sich von der Selbstsucht abkehrt, an andere denkt, für andere wirken soll", für den „Gedanken an die Allgemeinheit, an das Volk, aus dem wir hervorgegangen sind, in dem wir stehen, das uns überdauert".

Es muß hier hervorgehoben werden, daß das im Kaiserbuch niedergelegte Gedankengut vornehmlich die Anschauungen von Claß sind, die nicht ohne Weiteres auf den A.V. übertragen werden dürfen[29]). Das ist wohl auch der Grund dafür, daß das Buch unter dem Decknamen „Daniel Frymann" herausgegeben wurde: es sollte vermieden werden, daß das Buch etwa als alldeutsches Phantasieprodukt von vornherein abgelehnt würde, bezw. keine Verbreitung fände, andererseits wollte man sicherlich den Verband mit den radikalen Plänen, die nicht die Zustimmung aller Mitglieder finden würden, belasten[30]).

---

29) Vgl. Alldte. Blätter 1912, S. 388.

30) Vgl. Claß, a. a. O. S. 332 ff. Natürlich setzte man sich in Verbandskreisen und den alldten. Blättern für eine starke Verbreitung des Buches ein; wie sensationell sein Erscheinen wirkte, geht daraus hervor, daß bis zum Weltkrieg in 2 Jahren 25 000 Exemplare verkauft wurden.

Betätigung und Ziele des Verbandes.

Es ist nicht einfach, ein richtiges Bild vom Wesen des A.V. zu zeichnen. Man könnte ihn eine zahlmäßig nicht sehr starke Vereinigung radikaler Nationalisten, die durchweg dem gebildeten und begüterten Mittelstand angehören, nennen. Nach dem aristokratischen Grundsatz „Männer machen Geschichte" wird die „Masse" als politischer achtungs- und machtgebietender Faktor abgelehnt. Der Hauptwert, die Hauptbedeutung liegt nicht bei der Zahl der Mitglieder oder bei der Ortsgruppe, sondern bei den Spitzen des Verbandes: Geschäftsführender Ausschuß, Hauptleitung und Vorsitz; von dort aus wird die Politik des Verbandes geleitet und bestimmt. Und in diese Organe des Verbandes werden tunlichst Männer gewählt, die gute Beziehungen zu Heeres- oder Marinekreisen, zur Wirtschaft oder auch zu einzelnen Reichsämtern unterhielten, sei es zur Informierung oder auch zur Einflußnahme.

Man könnte den Verband andererseits als einen nationalen Agitationsverein bezeichnen, aber er war doch wieder mehr: eine durch eine besondere Weltanschauung verbundene Gesinnungsgemeinschaft.

Welches sind die Arbeitsmethoden des Verbandes? Er beanspruchte für sich, „das Gewissen", der „Mahner und Warner" des deutschen Volkes zu sein. Daraus ergibt sich eine ausgedehnte Aufklärungs- und Werbearbeit: In den einzelnen Ortsgruppen durch die regelmäßigen Versammlungen, zu denen auch Nichtmitglieder Zutritt hatten und in denen meist über aktuelle Tagesfragen gesprochen wurde. Für den Gesamtverband und die Öffentlichkeit waren die „Alldeutschen Blätter" bestimmt, das einzige amtliche Organ des Verbandes. Sie wurden außerdem aus den Zinsen der sogen. „Diederichstiftung" bis zu 200 Expl. unentgeltlich an deutsche Schulen, Lesehallen und Kasinos im In- und Auslande geliefert. Als große Kundgebungen wurden alljährlich die Verbandstage aufgezogen. Neben der Arbeit, die einzelne befreundete Tageszeitungen leisteten, waren verschiedene Veröffentlichungen dazu bestimmt, das alldeutsche Gedankengut weitgehend zu verbreiten. So „Der Kampf um das Deutschtum"[31]) und die „Flugschriften"[32]); für alldeutsche Geschichtsauffassung warb insbeson-

31) von 1897 bis 1904 erschienen 15 Einzelhefte, die die Stellung des Deutschtums in der ganzen Welt behandelten.

32) Von 1897 bis 1912 erschienen 33 Hefte, die meist zu Tagesfragen Stellung nahmen.

dere die von Claß geschriebene „Deutsche Geschichte“[33]), die in weite Kreise Eingang fand. Der Ton und die Kritik in Versammlungen und Veröffentlichungen waren dem Charakter des Verbandes der „entschieden Nationalen“ entsprechend scharf. Ein eigentliches „Programm“ mit mehr oder weniger konkreten Zielen besaß der Verband nicht und konnte er seinem Wesen nach auch nicht haben. So nahm er von Fall zu Fall zu den Maßnahmen und zur Politik der Regierung seine Stellung, die nach den damaligen Gepflogenheiten meist in sogen. „Entschließungen“ ihren Ausdruck fand. Diese wurden in vielen Fällen aber garnicht an die richtige Adresse, die Regierung, sondern nur an die befreundete Presse zur Aufklärung der Öffentlichkeit weitergeleitet. Es ist klar, daß der Wert solcher Entschließungen sehr papieren war und auf die Betroffenen wenig Eindruck machte. Die Regierung ließ sich durch sie nicht beeinflussen, wie auch die Wirkung der einzelnen Ortsgruppenversammlungen durchaus harmloser Natur war. Bei Wertheimer[34]) finden wir darüber folgendes überspitze Urteil:

“It does not take much imagination to see these jovial, middleclass Germans enjoying their evening away from home, consuming many a “Grosses Helles“ or a “Grosses Dunkles“ and dicussing the political situation at home and abroad, as the pulled at their pipes and knocked on their glasses for the waiter to bring another stein. Patriotism waxed warm as the evening advanced and everyone went home in an comfortable glow of self-satisfaction and commendation, congratulating himself on the fact that he was a member of that race of heros — the Germans — and feeling that he had done his bit for that month toward saving „das Deutschtum“.“

Das „vereinsmäßige drum und dran“, der „patriotische Klimbim“ gehörte, wie sich ein Redner des Verbandes einmal ausdrückte, nun einmal in die damalige Zeit des satten Bürgertums; ausschlaggebend war ja doch die Verbandsleitung und die hielt alle Fäden fest, an denen sie die Verbandspolitik lenkte oder die öffentliche Meinung beeinflußte.

Was ist nun Zweck und Ziel des Verbandes? Die Satzungen sagen darüber: „Der alldeutsche Zweck erstrebt Belebung der deutschnationalen Gesinnung, insbesondere Weckung und Pflege des Bewußtseins der rassenmäßigen und kulturellen Zusammengehörigkeit aller deutschen Volksteile.

33) Einhart (= H. Claß) Deutsche Geschichte, Leipzig 1909. Das Buch erlebte bis 1934 15 Auflagen = 141 000 Expl.

34) Wertheimer a. a. O. S. 112.

Diese Aufgabe schließt in sich, daß der A.V. eintritt: **Erstens** für Erhaltung des deutschen Volkstums in Europa und über See und Unterstützung desselben in bedrohten Teilen. **Zweitens** für Lösung der Bildungs-, Erziehungs- und Schulfragen im Sinne des deutschen Volkstums. **Drittens** für Bekämpfung aller Kräfte, die unsere nationale Entwicklung hemmen. **Viertens** für eine tatkräftige deutsche Interessenpolitik in der ganzen Welt, insbesondere Fortführung der deutschen Kolonialbewegung zu praktischen Ergebnissen."

Zwei große Arbeitsgebiete heben sich deutlich ab: Kulturpolitik und Außenpolitik. Während der Verband in seinen Kulturbestrebungen vollste Anerkennung findet, erfährt seine außenpolitische Betätigung neben billigender vielfach herbe, ablehnende Kritik, zumal von den Kreisen, die jeden Imperialismus verurteilend auf der politischen Linken zu finden sind[35]. Die kulturpolitische Arbeit, die für das Deutschtum im Auslande geleistet wurde, war der Regierung sehr willkommen und wurde gelegentlich durch finanzielle Beihilfen unterstützt. Zur Anschauungsweise der deutschen Vorkriegsdiplomatie gehörte ja — im Gegensatz zur Diplomatie anderer Staaten, — das Denken in Staaten, nicht in Völkern und erst 1919 wurde im Ausw. Amt eine besondere „Kulturpolitische Abteilung" geschaffen.

Diese kulturpolitische Arbeit des Verbandes traf sich mit dem Wirken von Vereinen, bei denen diese Arbeit das alleinige Aufgabengebiet darstellte[36]; war die Leitung dieser Vereine vielfach mit Verbandsmitgliedern besetzt, so traf dies ganz besonders bei zwei Körperschaften zu, die man sogar als Gründung des Verbandes bezeichnen kann: dem Deutschen Flottenverein und dem Wehrverein[37]), die beide dazu bestimmt waren, dem Reich zu den zu seiner Sicherheit notwendigen Machtinstrumenten zu verhelfen. Man kann wohl sagen, es gab nichts, das zum Wohl und zum Schutz des deutschen Volkes bestimmt war, das nicht die Unterstützung, die Propaganda des Verbandes gefunden hätte. Erwähnt sei hier noch, das stete Eintreten des Verbandes für die bedrohte Ostmark — immer wieder forderte er hier eine gründliche und energische Durchführung der Ansiedlungsgesetze für die Provinzen Posen und Westpreu-

35) Vgl. die Arbeiten von Hobohm, Baumgarten, Rohrbach; über die ablehnende Haltung der Regierung s. später.

36) Eine Liste siehe bei Wertheimer a. a. O. S. 237.

37) Über die wichtigen einflußverschaffenden Querverbindungen vgl. Junius Alter a. a. O. S. 16.

ßen — und die Bemühungen um ein Gesetz über den Erwerb und Verlust der Staatsangehörigkeit, das verhindern sollte, daß die deutschen Auswanderer gar zu leicht im fremden Volkstum aufgingen[38]). Aus dem gleichen Grund trat der Verband für den Erwerb geeigneter Gebiete ein, in denen die Auswanderer geschlossen siedeln könnten. Erhaltung des Deutschtums, das im alten Vaterland keinen Raum findet, war das Leitmotiv auch der Marokko-Politik des Verbandes.

Kapitel 2:

Das Verhältnis des Verbandes zu Parteien und Öffentlichkeit.

Das Verhältnis zu den politischen Parteien.

In manchen, namentlich ausländischen Abhandlungen begegnet uns die Bezeichnung des A.V. als einer „Partei". Nichts ist falscher als dies, denn im Grunde genommen waren die Parteien, die mehr oder weniger Interessenvertretungen waren, die direkten Gegner des Verbandes, der doch die Belange des ganzen Volkes wahrnehmen wollte[39]). Wohl gehörten einzelne Verbandsmitglieder den Fraktionen des Reichstages an, so Professor Hasse, Bassermann, Stresemann, General v. Liebert, aber sie spielten entweder in ihrer Partei, oder im Verband nur eine untergeordnete Rolle, und ihre Zahl war im Verhältnis zur Gesamtzahl der Abgeordneten verschwindend gering[40]). Die Unterstützung einer bestimmten Partei konnte für den Verband eben wegen der zum Zusammenhalt des Verbandes unbedingt erforderlichen Überparteilichkeit des Verbandes nicht in Frage kommen; aber ebensowenig waren auch die Parteien bereit, offen für den Verband und seine Bestrebungen einzutreten[41]). Der Führer der preußi-

38) Vgl. Bonhard a. a. O. S. 55, 77 ff.

39) Von sehr unerwünschter Wirkung war es, daß die radikale Schönerer-Gruppe des österr. Reichstages, die für die Eingliederung Deutsch-Österreichs ins Deutsche Reich eintrat, gegen die habsburgische Dynastie eingestellt war und in der „Los-von-Rom-Bewegung" die katholische Kirche bekämpfte, sich alldeutsche Partei nannte. Sie zerfiel jedoch bald an inneren Kämpfen, die wieder auf den A.V. nachteilige Rückwirkungen ausübten. Vgl. Claß a. a. O. S. 79/80; Hitler, Mein Kampf, München 1933 S. 107 ff.

40) 1898: 23, 1903: 28, 1907: 34, 1912: 15 von 397 Abgeordneten. Eine genaue Liste bei Wertheimer a. a. O. S. 134 ff.

41) Über den fehlgeschlagenen Versuch „Querverbindungen" zu den Parteien anzuknüpfen vgl. Claß, a. a. O. S. 93/95; 267.

schen Konservativen, v. Heydebrand, lehnte sogar ab, dem Verband im Osten, wo er nur schwach vertreten war, festen Fuß fassen zu helfen[42]). Die Nationalliberale Partei war, dem Herkommen der Verbandsmitglieder entsprechend, zahlenmäßig am stärksten vertreten, in weitem Abstand erst folgen die Konservativen sowie einige kleinere Gruppen.

Das Bestreben, möglichst weite nationale Kreise zur Mitarbeit im Verband heranzuziehen, war für die Taktik maßgebend, die einzelne Partei nicht rundweg abzulehnen und zu bekämpfen, sondern nur von Fall zu Fall Stellung zu nehmen, wenn allgemein nationale Belange auf dem Spiele standen. Aus dieser Einstellung kam z. B. der Beschluß, einen Antrag: der Verband solle im Ultramontanismus seinen Hauptgegner erkennen, abzulehnen[43]). Wenn man auch die Tätigkeit des Ultramontanismus für bekämpfenswert erachtete, so wollte man dem einzelnen Katholiken doch nicht die nationale Gesinnung absprechen. Dies hinderte aber nicht, daß sich das Zentrum und der A.V. meist in heftiger Fehde, die in der Presse ausgetragen wurde, gegenüberstanden.

Unerbittliche Gegnerschaft bestand zwischen dem Verband und der Sozialdemokratie, in deren Bestrebungen man seit der Verbandsgründung nur die Tätigkeit von Reichs- und Deutschtumsfeinden erblickte. Gegen sie gründete General v. Liebert 1904 den „Reichsverband zur Bekämpfung der Sozialdemokratie".

Das Verhältnis zur Presse.

A.V. und „öffentliche Meinung" — die Frage aufwerfen heißt an etwas Unerquickliches rühren, denn hier wird der Mißbrauch, den eine überwundene Zeit mit dem Instrument der Presse spielte, offensichtlich; zeigt sich, daß die sogen. öffentliche Meinung nicht die Meinung des einzelnen ist, sondern daß sie „gemacht" wird. Die öffentliche Meinung: das ist die Presse, das ist die Propaganda von Mund zu Mund. Das ist das Kampffeld, auf dem sich die zwei Gruppen gegenüberstehen: Der A.V. mit den ihm nahestehenden Zeitungen und die Menge seiner Gegner in allen Lagern mit ihren Hilfstruppen. Hier ging es nicht nur um den Verband als Körperschaft, sondern um den Verband als Gesinnungsgemeinschaft. Es war der Kampf einer alten Weltanschauung gegen heraufziehende neue

42) Claß a. a. O. S. 267 f.
43) Bonhard a. a. O. S. 92.

Ideen. Da wurde das Wort „alldeutsch" zum Schlagwort, mit dem alles, was betont national war, belegt wurde — gleichgültig ob es mit dem Verband zu tun hatte oder nicht. Gegen diese geringschätzende Herabsetzung des Begriffes hat der Verband sich von je gewehrt — leider mit geringem Erfolg. Sein amtliches Organ, die Alldeutschen Blätter, hatten nur einen begrenzten Leserkreis; aber durch die befreundete Presse, zu der man um 1911 die Rheinisch-Westfälische Zeitung, die Post, die Tägliche Rundschau, Leipziger Neueste Nachrichten, Voigtländischer Anzeiger, Kölner Tageblatt und Deutsche Zeitung rechnen kann, waren schon manche Ansichten und Forderungen des Verbandes Allgemeingut des Volkes geworden, ohne daß jemand daran Anstoß genommen hätte. Erinnert sei nur an die Flotten- und Kolonialwerbung, an die Polenpolitik, an die stärkere Betonung und Hebung des Nationalbewußtseins, die neuen Ideen der Rassenlehre[44]), des „Völkischen".

Die Reihen der Gegner: Vom Freisinn über das Zentrum bis zur Sozialdemokratie mit ihren Blättern, an der Spitze Vossische und Frankfurter Zeitung, Berliner Tageblatt, Kölnische Volkszeitung und Vorwärts. Sie geißelten mit Spott und Verachtung diese „Alldeutschen", im engeren und weiteren Sinne, diese Vertreter eines Imperalismus, der nach Möller v. d. Bruck[45]) die allein mögliche Form der deutschen Vorkriegspolitik war, dem Volke ohne Raum seine Lebensmöglichkeit zu bieten. Unterstützt wurden sie dabei von einer Stelle, von der man es am wenigsten erwarten sollte: von der deutschen Regierung selber.

Kapitel 3:

Das Verhältnis des Verbandes zur Reichsregierung.

Eine außenpolitische Frage und die Opposition gegen eine Regierung, die die Interessen des Deutschen Reiches nicht richtig wahrnehme, waren die Taufpaten des Alldeutschen Verbandes. Außenpolitik wurde sein hauptsächliches und augenfälligstes Betätigungsfeld und Opposition, nationale Opposition, seine Einstellung; allerdings keine Oppsition aus Grundsatz;

44) Es kennzeichnet das Ringen des Verbandes mit den neuen Ideen, daß er dem Antisemitismus vorerst keinen Platz gab und, trotzdem Claß z. B. zur entschieden völkischen Richtung zählte, es ablehnte, zur Judenfrage Stellung zu nehmen. Bis 1919 hatte der Verband auch jüdische Mitglieder, erst dann verschloß er ihnen seine Reihen.

45) Möller v. d. Bruck, Das Dritte Reich, Berlin 1926, S. 86.

sie lehnte er ab[46]). Bei jedem Wechsel im Reichskanzleramt oder des Postens des Staatssekretärs des Auswärtigen erhoffte er eine Wendung zu einer energischeren, den Belangen des deutschen Volkes mehr dienlichen Politik und jedes Mal sah er sich in seiner Erwartung getäuscht, wieder in die Opposition gedrängt.

Es ist eine begreifliche Menschlichkeit, daß die zünftigen Diplomaten diesem „Verband ungelernter Politiker" von vornherein mit Mißtrauen, ja Abneigung begegneten; daß sich Männer, die in den wirklichen Gang der Geschäfte nicht eingeweiht waren, zum Richter über ihr Tun und Lassen aufspielten und sich stolz der Mentor, das Gewissen des deutschen Volkes nannten, dünkte den Berufsdiplomaten Anmaßung und Überheblichkeit zu sein; dagegen tröstete sich der Verband mit der Erkenntnis, daß Kritik um so schärfer und lästiger empfunden wird, je zutreffender sie ist.

Maßstab und Norm eines Staatsmannes, einer deutschen Politik war für den Verband Fürst Bismarck und seine Politik — beiden waren seine epigonenhaften Nachfolger nicht gewachsen. Es mag allerdings auch fraglich sein, ob es angebracht war, eine einmalige überragende Erscheinung wie Bismarck so zur Norm zu machen; und Bülow war der Ansicht, daß man zu sehr am mißverstandenen Fürst Bismarck laboriere. Bülow war wie keiner seiner Vorgänger Gegenstand der Kritik und des Angriffs des Verbandes[47]), der schon früh seine Mittelmäßigkeit und Hohlheit erkannt hatte. Nach der Methode: Lächerlichkeit tötet, ging Bülow zum Gegenangriff über; wenn er als geschickter Redner von der Reichstagstribüne über Hasse und den Verband seine Glossen machte, hatte er die Lacher auf seiner Seite: Sei es, daß er Hasse vorwarf, „munter in den blauen Wellen des unbegrenzten Ozeans der Konjekturalpolitik herumzuplätschern" oder von der Politik vom „Standpunkt der Bierbank" sprach[48]). Zollte Bülow den Bestrebungen des Verbandes soweit Achtung, als sie „das Gute haben, daß sie das Nationalgefühl wach erhalten und dem Hang des deutschen Philisters zu verschwommenem Kosmopolitismus oder zu engherziger Kirchturmspolitik entgegenarbeiten", so versäumte er nicht, darauf hinzuweisen, daß es „für die auswärtige Politik doch noch mehr auf die Klarheit des Kopfes als auf die Wärme und

46) Vgl. Bonhard a. a. O. S. 231; Alldte. Blätter 1901 S. 36: Entschließung des Geschäftsf. Ausschusses vom 12. 1. 1901.

47) ausgenommen Bülows Polen und Flottenpolitik s. Bonhard a. a. O. S. 207; Claß a. a. O. S. 137 f; Alldte. Bl. 1931 S. 211.

48) Fürst Bülows Reden, Leipzig (Reclam) 1, S. 193;. 200.

Güte des Herzens ankomme"[49]). Gute Patrioten, aber schlechte Politiker, auf diese Formel kann man wohl das Urteil Bülows und der Berufsdiplomatie bringen. Der A. V. ließ natürlich nichts auf sich sitzen und parierte mit einem offenen Brief[50]); in dem darauf verwiesen wurde, daß die Regierung in Fragen des Flottenbaues, der Polen- und Marokkopolitik sowie des Gesetzes über Verlust und Erwerb der Staatsangehörigkeit Ziele des A.V. zu den ihren gemacht habe.

In einer großen Rede beschäftigte sich Graf E. Reventlow, der bis 1910 die Berliner Vertretung des Verbandes hatte, mit der Stellung des A.V. zur „Praktischen Politik"[51]), in der er die Vorwürfe zu entkräften suchte, daß der Verband den Anforderungen und Möglichkeiten der sogen. praktischen Politik verständnislos gegenüberstehe, deshalb störend und hindernd wirke; er wehrte sich dagegen, daß man den Verband als Treiber des Nationalgefühls, als Schrittmacher für nationale Ideen und Ziele brauchbar bezeichne, daß man ihm aber Verständnislosigkeit für die Belange der praktischen Politik vorhalte. Er wehrte sich zunächst gegen die in Regierungskreisen anzutreffende Ansicht, man dürfe im Volk nicht die Meinung aufkommen lassen, daß gewisse Diplomaten ihrer Aufgabe nicht gewachsen seien und deswegen abtreten müßten. Der Verband sei sich stets der Verantwortung bewußt gewesen, die eine Kritik an schwebenden Verfahren auferlege; wenn er den Willen habe, auf den Gang der amtlichen Politik einzuwirken, so weniger auf die Mittel als auf die zu erstrebenden Ziele. Und seine Kritik sei nicht zerstörender, verneinender, sondern bejahender und aufbauender Natur. Gewiß lägen die Ziele und Wege des Verbandes oft weit von denen der amtlichen Politik, es sei aber ein billiges Verfahren, ihm deswegen Phantasterei vorzuwerfen, weil so die amtliche Politik als unanfechtbar und fehlerlos hingestellt werde. Durch die Kritik des A.V. sei die Legende zerstört, daß die Politik des Neuen Kurses eine Politik unerhörter Erfolge sei, sei die politische Urteilsfähigkeit des Volkes wesentlich gebessert. Nachdem er noch die oben genannten praktischen Fälle herangezogen hatte, in denen die Regierung alte Forderungen des Verbandes erfüllte, kam er auf die angeblichen phantastischen Welteroberungspläne zu sprechen, die im Ausland erfunden würden, und erklärte, der Verband habe nicht die Absicht Belgien und die

49) Bülow a. a. O. IV S. 137.
50) Alldte. Blätter 1906 S. 377 ff.
51) 20 Jahre Alldet. Arbeit, Leipzig 1910 S. 444 ff.

Niederlande, die Schweiz, noch Dänemark, Deutsch-Österreich oder Brasilen dem Deutschen Reiche anzugliedern.

An der Entstehung solcher Eroberungspläne mag der Verband selber vielleicht nicht ganz unschuldig sein. Seit den Tagen des großen Nationalökonomen Friedrich List bestand der Plan eines mitteleuropäischen Zollvereins. Eduard v. Hartmann hatte sich mit ihm befaßt[52]), ebenso Professor Hasse. Er schrieb in der vom A.V. herausgegebenen Flugschrift: „Deutsche Weltpolitik"[53]): „Die Schaffung eines mitteleuropäischen Zollvereins ist die große Aufgabe des jetzt lebenden Geschlechtes... Die größte Wahrscheinlichkeit hat die Erstreckung des Vereins auf das Deutsche Reich, Österreich-Ungarn, Belgien und Holland, vielleicht auch die Schweiz und Rumänien für sich... soviel ist klar, daß es zu einer staatsrechtlichen Ausgestaltung der Beziehungen des Deutschen Reiches zu seinen befreundeten Nachbarn kommen muß." Nehmen wir dazu aus der kurzen Zweckbezeichnung des Verbandes auf dem Umschlag jener Flugschrift die Stelle: „Zu den Aufgaben zählt in Europa ein enger wirtschaftlicher und staatsrechtlicher Zusammenschluß mit den übrigen Staaten germanischer Art, also zunächst mit Österreich, den beiden Niederlanden und mit der Schweiz", und erinnern uns, daß der Verband den Bismarckschen Grundsatz der Saturiertheit des Reiches nicht mehr anerkannte, dann läßt sich leicht verstehen, daß das mißtrauische Ausland aus solchen Auslassungen Eroberungspläne des Verbandes herauslesen konnte[54]).

Es hat den Anschein, daß der Verband später selbst von diesen Ansichten abrückte; aus der Zweckbezeichnung des Verbandes ist der angeführte Absatz verschwunden und an seine Stelle die Bemerkung getreten: „Der A.V. hält die staatliche Entwicklung des deutschen Volkes nicht für abgeschlossen". Außerdem erschien von dem stellvertr. Vorsitzenden des Verbandes, Klingemann, eine Flugschrift[55]): „Grenzen alldeutscher Arbeit", die wesentlich gemäßigtere Ansichten vertrat. In einem Gang um die Sprachgrenzen spricht er sich für die Erhaltung und Unterstützung deutscher Sprache und Kultur in den Gebieten aus, wo sie bedroht seien — sei es in der Nordmark gegen das Dänentum, im Westen die Sorge für die Vlamen und vor allem die Wiedereingliederung von Elsaß-Loth-

52) Bonhard a. a. O. S. 129, 188. Der Plan ist noch in jüngster Zeit verfolgt worden und erst 1931 an dem Widerstand Frankreichs vorläufig gescheitert.
53) Hasse, Deutsche Weltpolitik, München 1897, S. 8/9.
54) Vgl. auch Alldeutsche Blätter 1906, S. 88.
55) C. Klingemann, Grenzen alldeutscher Arbeit, München 1910.

ringen in die deutsche Kulturgemeinschaft. Bezeichnenderweise sieht er die deutsche Sprache und Kultur in der Schweiz in guter Obhut. Besonderer Fürsorge bedürfe jedoch die Ostmark, sei es in Tirol, in Ungarn, Böhmen oder in Posen und Westpreußen, wo fremde Volkstümer das Deutschtum stark bedrängen. Also eine rein kulturpolitische Arbeit weist er dem Verband zu — nur einmal wirft er die Frage auf, ob es denn staats- und friedensgefährlich sei, wenn im Kreise völkisch gesinnter Deutscher auch einmal die Hoffnung auf künftigen engeren Anschluß der Niederlande an Deutschland erwogen würde.

Derartige Zukunftspläne wurden auch von anderen nationalistischen Männern erwogen und vertreten, die mit dem A.V. nichts zu tun hatten — es sei nur an Bernhardi erinnert —, die alle mit dem Schlagwort „alldeutsch" dem Verband unterschoben wurden. In den Augen des Ausw. Amtes stellten sie gewiß eine Belastung der deutschen Politik dar; es mußte aber böses Blut machen, wenn ein amtlicher Vertreter des Reiches, wie der Botschafter in den Vereinigten Staaten Graf Bernstorff in öffentlicher Rede die „Alldeutschen" angriff[56]) und ausführte: Die deutsche Weltpolitik sei im Ausland oft mißverstanden worden, weil die ausländischen Journalisten die kühnen phantastischen Flüge der Alldeutschen zu ernst auffassen, obgleich sie ohne jede Bedeutung wären. Die Alldeutschen besäßen gar keinen Einfluß, die deutsche Regierung betrachtete diese Leute als ein sehr wenig wünschenswertes Element im deutschen Journalismus, weil sie im Ausland ein Gefühl der Mißstimmung gegen Deutschland hervorriefen, wenn sie Fragen und Ziele behandelten, die über den Rahmen der praktischen Politik hinausgingen. Das Deutsche Reich denke nicht daran, Gebiete auf der westlichen Halbkugel als Eigentum zu erstreben, es wolle nur freien Handel und offene Tür. Der Hieb wurde vom Verband wieder mit einem offenen Brief[57]) pariert, in dem er Bernstorff vorwarf, er hätte besser getan, die Amerikaner aufzuklären, daß die Alldeutschen nichts anderes tun und wollen, als jeder für die Größe seines Landes begeisterte Amerikaner tue und wolle. Aber anstatt zu erklären, daß die Alldeutschen nicht daran denken, die albernen Pläne zu hegen, die ihnen untergeschoben würden, um die Vereinigten Staaten mit Mißtrauen gegen Deutschland zu erfüllen, habe Bernstorff diese unrich-

---

56) Alldte. Blätter 1909 S. 389.
57) Alldte. Blätter 1909 S. 413. Außerdem beschwerte sich Claß bei v. Schoen persönlich. s. Claß, a. a. O. S. 146/47.

tigen Behauptungen geradezu amtlich bekräftigt und leichtherzig tausende national gesinnte Deutsche in den Augen der Ausländer herabgesetzt.

Der Vorfall, der viel Staub aufwirbelte, beschäftigte schließlich noch den Reichstag und hier mußte sich v. Schoen als Staatssekretär des Auswärtigen Amts herbeilassen zu erklären, daß er wohlverstanden zwischen der Tätigkeit des A.V. als solchem und anderen pangermanistischen Äußerungen scheide, für welche der Verband keine Verantwortung trage. Tatsache sei aber, daß die deutschfeindliche Presse einen großen Teil ihres Rüstzeuges der sogen. pangermanistischen Literatur entlehne und daß die in derartigen Schriften vorgetragenen Pläne mit den Absichten der amtlichen Politik des Reiches gleichgestellt worden seien[58]).

Schoen rührt hier an ein Problem der Vorkriegszeit in den Beziehungen der Völker zueinander, in dem sich der Frage birgt, welche Wege in der Politik das Reich nach Bismarcks Abgang überhaupt einschlagen konnte; und hieran denkt Hermann Oncken wohl, wenn er „dem politischen Augenmaß einer nationalistischen Agitationspartei — gemeint ist der A.V. — von vornherein kein günstiges Prognostikon" stellt[59]).

Das junge Deutsche Reich wurde von der alten Staatenwelt als unerwünschter Eindringling, als Emporkömmling angesehen und seine wachsende Macht mit mißtrauischen Augen, mit Argwohn betrachtet. Vom Ausland her gesehen hatte das Reich etwas Bedrohendes an sich. Die oft säbelrasselnden Worte des Kaisers, das starke Anwachsen der nationalistischen Strömungen, die Betonung nationalen Selbstbewußtseins im Deutschlandlied oder dem Geibelschen Spruch, daß am deutschen Wesen dereinst die Welt genesen solle, waren den deutschfeindlichen Kräften im Ausland geeignete Mittel, das Reich der finstersten Pläne zu verdächtigen und die politische Atmosphäre zu vergiften.

Die Auffassung des Auswärtigen Amtes illustriert ein Brief des Staatssekretärs Zimmermann[60]): „... Ich erinnerte mich bei unserer Unterredung ferner auch gewisser Reden und Schriften, worin, wenn nicht der A.V. als solcher, doch einzelne alldeutsch gerichtete Politiker über die Gebiete oder Interessen anderer Völker ohne Rücksicht auf deren nationale Empfindung verfügt haben. Persönlich will ich mit diesen Flausen

58) Alldte. Blätter 1909 S. 430.

59) Hermann Oncken, Das Deutsche Reich und die Vorgeschichte des Weltkrieges, Leipzig 1933 Bd. 1, S. 394.

60) Brief vom 17. 1. 1915 im Archiv des A.V.

nicht ins Gericht gehen. Im Ausland aber werden sie gegen uns ausgebeutet. Man nimmt sie dort ernst, oder tut so, als ob sie ernst zu nehmen wären. Man nötigt uns zu Gegenerklärungen und behandelt diese dann als unglaubwürdige Ausflüchte, die alldeutschen Ergießungen aber als die wahre Meinung unseres Volkes und als den heimlichen Leitstern auch der amtlichen Kreise. Der größte Teil des Mißtrauens, das unseren Bemühungen, Verständnis für deutsche Ziele zu erwecken, entgegensteht, schreibt sich von den Maßlosigkeiten im Schrifttum und in der Beredsamkeit der Alldeutschen her. Ich spreche dies auf Grund vieljähriger Beobachtungen aus. Jeder Botschafter und Gesandter wird es bestätigen."

Zimmermann übersieht allerdings, daß die Methoden der amtlichen deutschen Vorkriegspolitik selbst zu dem Mißtrauen erheblich mit beigetragen haben und im Auslande das Gefühl hervorriefen, überall auf den Widerstand Deutschlands zu stoßen; als Beispiel sei hier nur an die Marokko-Frage erinnert.

Auf der anderen Seite muß aber auch berücksichtigt werden, daß Angriffe der französischen Chauvinisten und der englischen Jingos eine Abwehr der nationalen deutschen Kreise, darunter des A.V. direkt herausforderten. Und hier sehen wir einen Unterschied — oder ist es die berühmte deutsche Objektivität? — daß wohl das Ausland und seine verantwortlichen Kreise die deutschen Auslassungen sehr ernst nahmen, während umgekehrt die deutsche Regierung die gegnerischen Ergüsse nicht in der gleichen Weise wertete. Ein Beispiel auf englischer Seite ist Sir Eyre Crowe, der böse Geist des foreign office, Sohn einer deutschen Mutter und doch ein Deutschenfeind, der seine Erkenntnisse hauptsächlich den „Alldeutschen Blättern" und „alldeutscher" Literatur entnahm und sich daraus, wie aus den deutschen Flottenplänen und Äußerungen des Kaisers einen deutschen Welthegemonieplan zurecht legte[61]).

Von einer Zusammenarbeit des A.V. mit der Regierung kann also nicht gesprochen werden. Im Gegenteil, die Regierung bekämpfte ihn, besonders unter Bülow, zwar nicht offen, sondern durch die von ihr beeinflußte Presse[62]) unter Anleitung Hammanns, des Pressechefs im Ausw. Amt. In Kreisen des A.V. neigt man sogar zu der Ansicht, der Kaiser selbst habe die Anweisung gegeben, den Verband kaltzustellen[63]). Jeden-

61) H. Oncken a. a. O. II, S. 602 f., 710/11.
62) Kölnische, Frankfurter Zeitung, Münchener Neueste Nachrichten, Berliner Tageblatt. Vgl. Alldte. Bl. 1902, S. 405 1919 S. 421/22.
63) Claß a. a. O. S. 66.

falls stand der Kaiser, trotzdem er oft selber als „Alldeutscher" bezeichnet wurde, dem Verband, der ja auch vor Kritik an der Allerhöchsten Person nicht zurückschreckte, ablehnend gegenüber. Er war der Ansicht, die Alldeutschen „haben ja keinen Verstand! Das ist eben das ganze Unglück"[64]). Es war in Deutschland ganz anders, als in Frankreich z. B., wo sich die Regierungen der nationalen Kreise geradezu bedienten, um ihre Politik unter Hinweis auf die „Öffentliche Meinung" erfolgreicher durchzusetzen. Bei uns wurde in dieser Beziehung nur einmal ein Versuch gemacht, und der scheiterte leider — an politischen und menschlichen Unzulänglichkeiten: Der Versuch einer Zusammenarbeit Kiderlen-Waechters mit dem Alldeutschen Verband.

Bülow war gestürzt und Bethmann-Hollweg an seine Stelle getreten. Der Verband brachte dem neuen Kanzler sein Vertrauen entgegen in der Erwartung, daß seinem guten Willen auch die Taten folgten[65]). Bethmann hatte Kiderlen zum Staatssekretär des Auswärtigen berufen. Auch ihn sah der A.V. gerne kommen und schenkte ihm vollstes Vertrauen[66]), ging ihm doch der Ruf voraus, mit starker Hand die Schwierigkeiten der Bosnischen Krise beigelegt zu haben.

Im Sommer 1909 hatte der Leiter der Berliner Geschäftsstelle des A.V., Graf Reventlow, Beziehungen zu Kiderlen angeknüpft, die die Möglichkeit eines weiteren Ausbaues zu haben schienen. Ehe der Faden weiter gesponnen wurde, erschien — mit oder ohne Absicht — in den Alldten. Blättern vom 30. April 1910[67]) ein Artikel: „Die Reichsregierung und der Alldeutsche Verband", der angeblich dem Siebenbürgisch-Deutschen-Tageblatt in Hermannstadt entlehnt, von der Bedeutung der alldeutschen Bewegung für die Reichsregierung sprach. In anderen Staaten würden

64) Die Große Politik d. Europ. Kabinette, Bd. 20, 1 6376 Anm. 10. Nach dem Weltkrieg söhnte sich der Kaiser mit dem Verband bezw. Claß, dem er ein Bild mit handschriftl. Widmung sandte, aus. Zum 25. Jahrestage von Claß' Verbandsvorsitz ging aus Doorn ein Telegramm ein, in dem „Ihre Majestät die Kaiserin und Ich dankbarer Ihrer unermüdlichen, weitschauenden, nationalen Arbeit gedenken. Was Sie in diesem Vierteljahrhundert für unser Vaterland geleistet haben, gehört der Geschichte an". Alldte. Blätter 1933 S. 25. Wir werden nicht fehlgehen, wenn wir annehmen, daß die auch heute noch monarchische Grundeinstellung des Verbandes, bezw. von Claß, bei der jetzigen Haltung des Kaisers eine Rolle mitspielt. Vgl. auch die Festansprache des Vertreters des königl. Hauses, General v. Dommes: „unter den Zuckungen der Revolution schon haben Sie die schwarz-weiß-rote Fahne und den Kaisergedanken hoch gehalten". Alldte. Blätter 1933, S. 35.

65) Alldte. Bl. 1909 S. 429/30; Claß a. a. O. S. 143/44.

66) Alldte. Bl. 1913 S. 10.

67) Alldte. Bl. 1910 S. 149.

die nationalistischen Gruppen gelegentlich klug ausgespielt und ausgenützt. Es wäre für das Reich besser, eine Gruppe zu haben, die dem Ausland gegenüber den nationalen Standpunkt übertreibe, als eine Partei, die mit liberalen oder internationalen Lehrmeinungen der Regierung nur hinderlich sei. Und für das Endziel eines ruhigen und selbstgewissen Nationalsinns würde die Regierung die kleinen Unbequemlichkeiten leicht in Kauf nehmen können, die ihr ab und zu von den Alldeutschen bereitet würden.

Durch Reventlows Vermittlung erhielt Claß eine Einladung zu Kiderlen auf den 23. August 1910[68]). In dieser Unterredung, die sich in herzlichen Formen der Jovialität Kiderlens entsprechend bewegte, kam man auf das Verhältnis des Verbandes zur Regierung zu sprechen[69]). Kiderlen äußerte sich in abfälliger Weise über den Kaiser und Bethmann und bedauerte den Kampf der Regierung gegen den A.V., das Fehlen von Beziehungen zwischen der Regierung und den unabhängigen, nicht gouvernementalen Kreisen, wie sie im Ausland zwischen den Regierungen und den entsprechenden Kreisen beständen. Zur Durchführung seiner Politik brauche er einen beachtlichen Mit- und Gegenspieler in der Öffentlichkeit, auf den er gegebenenfalls bei Verhandlungen mit fremden Regierungen verweisen könne[70]). Er denke sich eine Art Arbeitsteilung, die doch dem gleichen Ziele diene. „Drängen Sie — treiben Sie — greifen Sie mich an — das macht mir persönlich nichts, auch wenn Sie mich einmal desavouieren — aber nehmen Sie es mir nicht übel, wenn auch ich Sie einmal desavouieren muß. Wir beide machen es dann und schließen die Ehe." Es ist selbstverständlich, daß der A.V. auf ein derartiges Anerbieten, das ihm gegen früher ungeahnte Möglichkeiten zur Verwirklichung seiner politischen Ansichten, zur Erreichung seiner Ziele zu bieten schien, einging, zumal Kiderlen von sich aus auch finanzielle Beihilfen,

68) „Der Staatssekretär des Ausw. Amtes von Kiderlen-Waechter ist gern bereit, Herrn Rechtsanwalt Claß am Dienstag, dem 23. d. M., vormittags 11 Uhr in seiner Wohnung, Königgrätzer Str. 136 zu empfangen. Berlin, den 18. August 1910." Für das Folgende neben persönlichen Mitteilungen von Claß an den Verf. auch Claß a. a. O. S. 178.

69) Mangels eines Berichtes von Kiderlen können wir nicht feststellen, wer zuerst die Sprache auf die folgende Erörterung gelenkt hat.

70) Vgl. hierzu die Äußerung Kiderlens zu seinem Landsmann Prof. Egelhaaf betr. der Alldeutschen: „Es könnte der Regierung nur erwünscht sein, wenn der Geist tapferer Vaterlandsliebe im Volk gepflegt werde und wenn die Regierung sich darauf berufen könne, daß sie eine patriotische Nation hinter sich habe und mit ihr rechnen müsse." Alldte. Bl. 1913 S. 17/18.

zwar nicht für den Verband direkt, wohl aber für seine Unterstützungsarbeit für das Deutschtum im Ausland in Aussicht stellte und leistete[71]).

So bahnte sich langsam ein Arbeitsverhältnis zwischen dem Alldeutschen Verband und Kiderlen heraus, das der Vertraulichkeit wegen auf Claß und Kiderlen beschränkt wurde. Um den Staatssekretär in das alldeutsche Gedankengut einzuführen, übersandte ihm Claß das anläßlich des 20jährigen Bestehens des Verbandes herausgegebene Werk: „20 Jahre alldeutscher Arbeit und Kämpfe" das im Abdruck von Artikeln aus den Alldeutschen Blättern eine gute Übersicht über die Arbeit des Verbandes gibt; ferner den Bericht über die Verbandstagung von 1910[72]).

Die zweite Zusammenkunft zwischen Claß und Kiderlen war am 31. Oktober 1910 in Berlin. Über sie besitzen wir folgenden Bericht von Claß an Reventlow: „Bei meinem ¾stündigen Besuch vom 31. Oktober konnte ich die Frage der Ausgestaltung des Bündnisses mit Österreich eingehend mit dem Staatssekretär besprechen. Ich stellte mich selbst vollständig auf den Standpunkt, daß das reichsdeutsche Interesse in erster Linie maßgebend sein müßte und daß, wenn man trotzdem öffentlich die Aufnahme des Bündnisses in die beiderseitigen Verfassungen fordert, dies im Hinblick auf das Einigungsbedürfnis der Deutschen in Österreich geschehe. Der Staatssekretär war hiermit durchaus einverstanden. Was die Frage der Benutzung österr. Abgeordneter usw. für Zwecke der reichsdeutschen Politik betrifft, so ist diese Frage dadurch auf eine andere Bahn gekommen, daß Prof. Samassa mit dem 1. 4. nach Wien übersiedelt und eine deutsche Korrespondenz herausgibt. Im übrigen kamen die persische Frage und die portugiesischen Kolonien zur Sprache und der Staatssekretär äußerte sich in dem von ihnen wiederholt berichteten Sinne. Mein Eindruck ist der, daß von dieser Geschäftsführung etwas erwartet werden kann."

In einer 3. Begegnung, die am 30. Januar 1911 stattfand, sprachen sich die beiden Männer wieder über die allgemeine politische Lage aus.

Am 25. Februar 1911 kamen sie wieder zusammen und erörterten die allgemeine Lage, besonders die Frage des Wahlrechts in Elsaß-Lothringen. Auf Claß' Wunsch, ihm die Möglichkeit zu bieten, bei gegebener Gelegenheit in eine allgemeine und umfassende Besprechung der alldeutschen Ge-

71) Am 24. August 1910 ist ein Betrag von 2500 Mark für die südungarisch-deutsche Presse; am 5. Juli 1911 ein Betrag von 6000 Mark für eine deutsche Korrespondenz Prof. Samassas in Wien festzustellen.

72) Danksagung Kiderlens vom 15. Oktober 1910.

samtauffassung einzutreten, erwiderte Kiderlen, dies erscheine ihm nützlich und wertvoll; er sei sehr gerne zu einer eingehenden Aussprache bereit, sobald der Reichstag seinen Etat erledigt habe; dann sei auch die Zeit insofern günstig, als die gesellschaftlichen Verpflichtungen nachgelassen haben[73]).

Zum 5. und letzten Mal trafen Claß und Kiderlen am 19. April 1911 in Mannheim zur Besprechung der inzwischen wieder akut gewordenen Marokko-Frage zusammen. Die im weiteren Verlauf der 2. Marokko-Krise entstandenen Meinungsverschiedenheiten mit ihren bedauerlichen Begleitumständen schlossen dann jäh eine Entwicklung ab, die so verheißungsvoll begonnen hatte.

„Der Erfolg entscheidet" — wollen wir nach diesem Wort an die Beurteilung des A.V. herangehen, so werden wir zu verschiedenen Ergebnissen gelangen. Man hat dem Verband oft wegen seiner außenpolitischen Bestrebungen, wegen seiner Englandfeindschaft, seiner Heeres- und Flottenpropaganda, seines Imperialismus verurteilt: bei einem für Deutschland siegreichen Kriegsende wären diese Vorwürfe schwerlich erhoben worden.

Die Burenpolitik des Verbandes mag unrichtig gewesen sein — sie entsprach außer der Absicht, für den Fall eines Krieges in den Burenstaaten Bundesgenossen für unsere afrikanischen Kolonien zu haben, einem damals noch etwas unklaren Gefühl von Volkstums- und Blutsverbundenheit in einer Zeit, in der die neue völkische Weltanschauung sich im Widerstreit gegen das alte staatliche Denken langsam ausbildete[74]), und hat das deutsch-englischen Verhältnis kaum nachteilig beeinflußt. In England hatte der Verband schon früh unseren gefährlichsten Gegner erkannt, denn England war die Schlüsselstellung der Einkreisung Deutschlands[75]).

Über die alldeutsche Heeres- und Flottenpropaganda brauchen wir wohl kein Wort zu verlieren. Die Ereignisse haben uns ja bewiesen, daß die Flotte ihren Wert hatte, daß aber unsere Heeresstärke im Verhältnis zu der unserer Gegner zu gering geworden war.

---

73) Nach einer Aufzeichnung im Archiv des A.V. — Claß spricht a. a. O. S. 182 davon, daß an diesem Tage Kiderlen sich im alldeutschen Sinne zustimmend zur Marokko-Frage geäußert habe. Marokko wird in dem Gespräch schon erwähnt worden sein und es ist unerheblich, ob Kiderlen bereits am 25. Februar oder erst bei der nächsten Aussprache am 19. April sich in dem gen. Sinne äußerte.

74) Es kennzeichnet die damalige Zeit, daß im Verband wegen des Empfangs der Burengenerale 1902 Uneinigkeit herrschte. s. Claß a. a. O. S. 66 ff.

75) s. O. Oppermann, Die Burschenschaft Alemannia zu Bonn, Bonn 1925, S. 6.

Offen bekannte sich der Verband zum Imperialismus[76]), auf ihn treffen ja auch alle Kriterien zu — sei es, daß wir den Maßstab von Friedjung oder den von Salz und Dix anlegen. Und der Schritt der Regierung zur Weltpolitik lag vollkommen im Geiste der Zeit, in einer Welt von imperialistisch orientierten Staaten. Aber spricht nicht der Erfolg, der Ausgang des Weltkrieges gegen den Imperialismus von Regierung und A.V.? Kein geringerer als Adolf Hitler vertritt diese Ansicht, wenn er als einzig richtige Politik bezeichnet[77]): Verzicht auf Welthandel, Kolonien und Kriegsflotte; dagegen Konzentration aller staatlichen Machtmittel auf das Landheer und ein Bündnis mit England gegen Rußland, wo allein der nötige Lebensraum für das deutsche Volk erworben werden konnte.

Der Verband hielt sich nicht für unfehlbar und bekannte sich zu seinen Fehlern. Wirft man ihm — zumal in „gebildeten Kreisen" — einen falschen, allzu lauten, überheblichen Ton vor, so sei daran erinnert, daß noch die jüngsten Ereignisse gezeigt haben, daß es in der Natur der Dinge liegt, wenn eine Bewegung, die gegen ein Heer von Feinden sich durchsetzen will, keine Schalmeientöne bläst. Immerhin hielt man es doch in der Verbandsleitung nicht für angebracht[78]), daß eine Entschließung der Vertrauensmänner des A.V. aus Rheinland-Westfalen gegen Bethmann einen bisher nicht gekannten Ton anschlug, zumal entgegen dem Brauch im A.V. diese Entschließung nicht nur an die Presse, sondern auch an Bethmann selbst geleitet wurde[79]).

Auf den Erfolg, den der Verband darin sah, daß die Regierung von ihm schon früher vorgeschlagene Wege beschritt, sei es in der Flotten-, Polen- oder anfänglich auch in der Marokko-Frage, haben wir schon hingewiesen. Erwähnt sei hier noch der Plan zur Bildung eines „wirtschaftlichen Generalstabs", der Vorsorge für die Sicherstellung der Ernährung und Rohstoffversorgung Deutschlands im Hinblick auf einen Krieg treffen sollte. Der Plan stammte von dem Lübecker Verbandsmitglied des A.V. Senator Possehl und wurde nach Rücksprache mit Claß wegen der seit der 2. Marokko-Krise und dem Streit um die elsaß-lothringische Verfassung bestehenden Spannung zwischen Regierung und Verband nicht vom A.V., sondern von Possehl persönlich der Regierung unterbreitet. Der Staatssekretär im Reichsamt des Inneren, Delbrück, stand der Bildung eines wirtschaftlichen Generalstabs zwar ablehnend gegenüber, es

76) Alldte. Bl. 1909 S. 375.
77) Hitler, a. a. O. S. 154 ff.
78) s. Claß, a. a. O. S. 151 ff.
79) Vgl. auch Jordan, Wie kam es, Berlin 1920, S. 67: Die Fehler der Alldeutschen lagen im allgemeinen lediglich in der Form ihrer Politik, nicht im Inhalt.

wurde aber doch erreicht, daß im November 1912 eine „Ständige Kommission für die wirtschaftliche Mobilmachung beim Reichsamt des Inneren" geschaffen wurde, wodurch der weitergehende Plan von Possehl allerdings verwässert wurde; sein Vorschlag, Getreide und Rohstoffe aufzuspeichern, wurde wegen der hohen Kosten für undurchführbar gehalten[80]).

Uneinheitlich ist heute noch das Urteil über den Verband. Nennt Kjellén[81]) ihn eine „Prachtblume", so kennzeichnet ihn Friedjung[82]) „als eine Stimme im Chorus, er glich, wenn es hoch kam, dem Zwischenrufer in einer parlamentarischen Versammlung, der sich nur als solcher und nicht durch eine geordnete Rede Aufmerksamkeit zu verschaffen vermag." Behauptet Salz[83]), der Verband habe uns nur kompromittiert, erzielt habe er gar nichts, er sei jetzt von kenntnisreichen Ausländern als das erkannt, was er war „ein Löwe aus Plüsch mit Pfötchen aus Plüsch und einem Kassenbestand von ein paar Mark", so steht dem das Urteil von Dietrich Schäfer[84]) entgegen, der aus der Kenntnis mehr als 30jähriger Mitgliedschaft aus voller Überzeugung Zeugnis ablegt, daß der Verband „sich um Beleben deutschen vaterländischen Sinnes, um Stärkung deutschen Empfindens größte Verdienste erwarb ... mehr als irgend ein anderer Verein und auch mehr als der deutsche Staat. Das bleibt ein Verdienst, auch wenn man zugeben muß, daß hier und da das Ausland zur Gegenwehr angeregt wurde. Das ist unvermeidlich bei jeder Selbstbehauptung."

Selbst gewollte Beschränkung aus den erwähnten Gründen ließ den Verband nicht zu der Volksbewegung werden, die allein wohl imstande gewesen wäre, seinen Idealen und Zielen, den hochfliegenden Plänen in Claß' Kaiserbuch zum Siege zu verhelfen[85]). Unbestritten aber wird das Verdienst des Alldeutschen Verbandes bleiben, Wächter an der Schwelle des deutschen Volkstums, Wegbereiter einer neuen Weltanschauung gewesen zu sein[86]).

80) Claß, a. a. O. S. 229/31. Der Weltkrieg 1914—18, Erg. Bd. Kriegsrüstung und Kriegswirtschaft, I, Berlin 1930, S. 334/43.

81) Kjellén-Haushofer, Die Großmächte vor und nach dem Weltkrieg, Leipzig 1930, S. 20.

82) H. Friedjung, Das Zeitalter des Imperialismus II, Berlin 1922 S. 37.

83) A. Salz, Das Wesen des Imperialismus, Leipzig 1931, S. 50.

84) Dietr. Schäfer, Mein Leben, Berlin 1926, S. 152.

85) s. Hitlers Ausführungen über den Mißerfolg der Alldeutschen in Österreich wegen des Fehlens der „Massen", die abgewandelt auch für Deutschland gelten. Hitler a. a. O. S. 110/17.

86) Eine Anerkennung dessen können wir in der Tatsache erblicken, daß der Verband 1933 nicht unter die Auflösung der Parteien und anderer Organisationen gefallen ist.

Lebenslauf.

Am 26. Mai 1904 wurde ich, Otto, Max, Dietrich Jung als jüngster Sohn des Buchhändlers Rudolf Jung und seiner Ehefrau Ida geb. Richter in Bad Godesberg/Rh. geboren; ich bekenne mich zur evangelischen Kirche. Nach dem Besuch der Vorschule des evg. Lyzeums, des Progymnasiums des evg. Pädagogiums zu Godesberg und der Oberstufe des staatl. Gymnasiums zu Bonn bestand ich Ostern 1922 die Reifeprüfung. Anschließend trat ich als Lehrling bei der Deutschen Bank in Godesberg ein. Vom W.S. 1925/26 bis W.S. 1931/32 studierte ich an der Universitäten Bonn und Wien Geschichte, Deutsch und Philosophie. Vorlesungen hörte ich bei Prof. Kern, Hallmann, Braubach, Lewison, Schulte, Redlich, Hirsch, Bibl, Dopsch, Cichorius, Oertel, Schur, Enders, Hankamer, Kluckhohn, Walzel, Dyroff, Gomperz Rothacker, Schmidt-Japing und Störring; an Übungen nahm ich teil von Prof. Kern, Hallmann, Braubach, Lewison, Redlich, Bibl, Oertel, Schur, Rothacker.

Die Anregung zu der vorliegenden Arbeit erhielt ich von Herrn Prof. Dr. Kern, dem ich für Anteilnahme und Förderung aufrichtig danke. Den Herren Prof. Dr. Hallmann, Prof. D. Klingemann und Justizrat Claß bin ich gleichfalls für ihre Unterstützung zu Dank verpflichtet.